

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 M., wochentlich 20 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 M. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 M., für das übrige Ausland 2 M. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Regierungs-Verordn. für 1889 unter Nr. 4706.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Ernst L. No. 4186.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Mittwoch, den 4. Januar 1893.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Nochmals die „Muster-Arbeitsordnung“ auf den staatlichen Saar-Kohlengruben.

Sie haben gesehen, unsere Liebe, die wir der staatlichen Bergwerks-Verwaltung im Saarrevier wegen der neuen Arbeitsordnung am 14. Dezember verabreichten, zugleich vor einem unüberlegten Streik warnend. Der Streik ist nun doch ausgebrochen, weil die Verbitterung der Leute eine namenlose gewesen zu sein scheint. Und ganze 14 Tage nach Erscheinen unserer Kritik kommt jetzt das zur „Belehrung“ der Bergleute seitens der fiskalischen Bergbehörde im Saarrevier eigens herausgegebene Blatt, um unsere Artikel zu „widerlegen“! Nun, die Liebe haben eben so gesehen, daß sich die Bergverwaltung durch nicht weniger als zehn volle Spalten ihres Blättchens hindurchwindet und dreht, um die summarische Kritik zu entkräften, die wir in wenigen, kräftige Sätze zusammenfaßten. Es genügte eigentlich, dieses jämmerliche Schauspiel aufzuzeigen, das die Wirkung unserer Kritik ist, und im übrigen das Blättchen, dessen Inhalt den Bergarbeitern im Saarrevier immer ein heiteres Lachen abnötigt, sich selbst zu überlassen. Aber um der Grundsätze einer königlich preussischen Arbeitsverwaltung willen, die in den 10 Spalten mit herrlichster Naivität offenbart werden, wäre ein Uebergang des Jammerbandwurms wirklich schade. Der Verfasser liefert uns nämlich freiwillig die klare und nette Erklärung dafür, warum der unbesonnene Streik auf den Saargruben ausbrechen mußte bei solchen Grundsätzen der staatlichen Verwaltung. Und dafür müssen wir dem Jammerblättchen im Saarrevier dankbar sein; es hilft am Beginn einer Bewegung, die wiederum unsägliche Noth und Misere in den Kreisen braver Arbeitsleute ausbreiten wird, die Verantwortlichkeiten geschichtlich feststellen. Das ist viel werth in Augenblicken, in denen am liebsten sofort „der Säbel hauen und die Finte schießen“ möchte.

Ganz beiseite lassen wir das auch aus den Zechenblättern Rheinland-Westfalens sattem bekannte Lied von dem „mangelnden Sachverständniß“ aller Kritiker der schönen und herrlichen Zustände, die in den deutschen Kohlenrevieren herrschen, ein Refrain, mit dem auch das Blättchen der staatlichen Saar-Grubenverwaltung wieder weidlich krebst. Warum dann wohl volle 10 Spalten zur „Widerlegung“ der „Sachkenntniß“ verwendet werden? Uebrigens müssen ja natürlich Berg-Assessoren, die so kurze Zeit wie möglich einmal unter der Erde gearbeitet haben und seitdem durch das nötige Schimpfen auf die Arbeiter in- und außerhalb der behaglichen Verwaltungsbureaus zur absoluten Sachverständniß avancirt sind, mit ihren glänzenden sozialpolitischen Kenntnissen und ihrem warmen Empfinden für die Arbeiter so sicher urtheilen können über das,

was dem arbeitenden Volke frommt, wie sie besser in den feinen Hotels von St. Johann und Saarbrücken speisen, während der Bergmann draußen in den elenden Bergarbeiterneuern seine Kartoffeln mit Schnaps hinunterwürgt. Wir sind von dem Vorwurf der Sachkenntniß auch um so weniger unangenehm berührt, als er mit uns einem „Dr. juris und Redakteur einer großen Zeitung“ gemacht wird, gegen den die staatliche Verwaltung noch einen Vorwurf alten Grolls vom Streikjahre 1889 her in petto zu haben scheint. Freylich nicht, so ist damit der einzige Redakteur eines bürgerlichen Blattes gemeint, der es damals der Mühe werth hielt, die Lage der fiskalischen Bergwerke bei diesem selbst zu studiren und der auf Grund dieser Studien eine Reihe von Briefen aus dem Saarrevier in der Zeitung veröffentlichte, der er damals angehörte, deren Mittheilungen geradezu zum Himmel schrien. Die königliche Grubenverwaltung hat damals kein Wort der Erwiderung oder Berichtigung gefunden oder finden können. Es ist daher begreiflich, daß sie einen tiefen Groll über die „Sachkenntniß“ ihrer Kritiker im Busen bewahrt hat. Und es wäre schade, wenn er nicht bei dieser passenden Gelegenheit sich doch endlich Luft gemacht hätte!

Endlich lassen wir beiseite die geschmacklosen Anspielungen auf den Geschäftsbetrieb des „Borndarts“, durch die das Grubenblättchen seinen Jammer in Etwas mildern zu müssen glaubt. Das Organ der königlichen Grubenverwaltung im Saarrevier befindet sich da in der Gesellschaft der „Unabhängigen“ und Anarchisten; lassen wir es in dieser schönen Kumpanei!

In der Hauptsache also, sagten wir oben, giebt der Saarbriider „Bergmannsfreund“ die klare und nette Erklärung für die namenlose Verbitterung, die unter den Bergarbeitern des Saarreviers herrscht. Erstlich durch die Art, wie das amtliche Organ sachliche Einwände behandelt. Es häutet sich nämlich wohl, den Bergleuten unseren ganzen Artikel mitzutheilen — der Eindruck könnte doch zu fatal sein! Es zerreiht ihn hübsch in einzelne Theilchen, um seine Wirkung abzumildern. Gott sei Dank ist die Rechnung ohne den Wirth gemacht — die Bergarbeiterpresse sorgt schon dafür, daß den Leuten der innere Zusammenhang aller Zumuthungen klar wird, die in der „Muster-Arbeitsordnung“ an sie gestellt werden. Und dann unterdrückt und entstellt das amtliche Organ diejenigen Stellen unserer Kritik, die ihm nicht passen. Nur ein Beispiel! Wir hatten hervorgehoben, daß derjenige Arbeiter sofort entlassen werden kann, der einen Grubenbeamten beleidigt oder „sich einer besonderen Rohheit schuldig macht“, während dem Arbeiter das Recht zum sofortigen Austritt nur bei einer Beleidigung durch einen Grubenbeamten gegeben ist; die „besondere Rohheit“ eines Betriebsführers steht natürlich nicht unter den Austrittsgründen, so schreiben wir. Der „Bergmannsfreund“ läßt einfach die Hauptsache, den Sach, in welchem von der „besonderen Rohheit“ des Arbeiters die Rede ist, weg, und behauptet freischweg, daß sich gleiche Bestimmungen gegen-

überständen! In puncto Entstellung muß man dem amtlichen „Bergmannsfreund“ also zweifellos das höchste „Sachverständniß“ zuerkennen. Wenn aber Kritiken und Beschwerden gegen die Maßnahmen der staatlichen Grubenverwaltung in öffentlicher kontrollirbarer Diskussion so behandelt werden, wie mag es dann den internen Beschwerden der Arbeiter im bürocratisch geheimen Instanzenwege gehen? Kein Wunder, daß sich der Bündstoff massenhaft anhäufen mußte!

Und dann kommt der ganze „sachliche“ Inhalt der amtlichen Erwiderung! Derselbe kann nichts markiren und nichts mäkeln an unserer Feststellung, daß die Schichtdauer für die einzelnen Arbeiterklassen neun, zehn und zwölf Stunden betragen soll, sie erklärt die Arbeitsdauer kurzweg für „nothwendig“, für „nicht zu lange“. Sie thut, als wenn das Ein- und Ausfahren der Bergleute eigentlich die reine Spielerei wäre, bei der man womöglich noch Kräfte sammelt, sie verschweigt, daß die Leute vielfach außerdem noch halbständige Wege vor und nach der Ein- und Ausfahrt von der Wohnung bis zur Grubenöffnung zurückzulegen haben, und sie nimmt auch noch das System der zweistündigen Ueber- und neunstündigen Nebenschichten in Schutz, das die staatliche Grubenverwaltung, wenn sie will, jede Woche anwenden kann! Durch eine Entstellungskunst, die bei Auslegung des Textes der Arbeitsordnung dem geriebensten Advolaten Ehre machen würde, will das amtliche Blatt z. B. glauben machen, daß nur „ausgefallene Stunden und Schichten“ nachgearbeitet zu werden brauchen, wenn infolge von foros majours nicht gefördert werden konnte, eine Auslegung, die sich übrigens die Arbeiter hoffentlich gut merken, während in der Arbeitsordnung ausdrücklich bemerkt ist, daß „infolge von Betriebsunfällen, wegen Mangels an Eisenbahnwagen zur Verladung oder aus anderen ähnlichen Gründen“ Ueberschichten und Nebenschichten verfahren werden müssen, welche „die regelmäßige Arbeitszeit... erhöhen“!!! Die Arbeitsordnung, diese Musterleistung fiskalischer Sozialpolitik, der sich ihre Urheber offenbar zu schämen beginnen, spricht also nicht bloß von foros majours und außerdem von Ueberschichten, die zur regelmäßigen Arbeitszeit hinzukommen, sie nicht bloß erheben. Aber warum sich bei solchen Wortklaubereien aufhalten! Die staatliche Grubenverwaltung tritt eben genau wie Krupp, Stumm und Baare für Arbeitszeiten ein, die von Hygienikern und Technikern wie dem berühmten Tunnelbauer Rylla für übermäßig erklärt worden sind, die ihre entartende Wirkung bereits auf die Gesundheit der „königlichen“ Bergleute im Saarrevier aufernten, die aber trotzdem vom „christlich-sozialen“ Regimente beibehalten werden sollen und wie zum Hohn noch mit „dem Interesse des Arbeiters“ entschuldigt werden. Das amtliche Blatt proklamirt es ferner als feststehenden Grundsatz der staatlichen Grubenverwaltung, daß, wie „überall in der ganzen Welt“, der Arbeiter keinen

Feuilleton.

Redaktion geboten.

54

Bel-Ami.

Roman von Guy de Maupassant.

Der Droschkenknecht setzte sich in langsamen Trab, und Du Roy ließ die Vorhänge im Wagen herunter. Sobald er sich seiner Hausthür gegenüber befand, ließ er sie nicht mehr aus den Augen. Nach zehn Minuten Wartens sah er Madeleine herauskommen und den äußeren Boulevard zugehen.

Sobald sie fern genug war, steckte er den Kopf zum Schloß hinaus und rief: „Vorwärts!“

Die Droschke setzte sich in Bewegung und setzte ihn vor dem „Fasanen“, einem im Viertel bekannten, bürgerlichen Restaurant, ab. Georges ging in den Speisesaal, setzte sich zu Tisch und begann in aller Ruhe zu speisen. Nur sah er von Zeit zu Zeit nach der Uhr. Es war halb acht geworden, als er Kaffee getrunken, zwei Gläser Cognac und ein Champagner darauf getrunken und eine gute Zigarre langsam aufgeraucht hatte. Er verließ das Restaurant, rief eine leer vorüberfahrende Droschke heran und ließ sich nach der Rue de Valenciennes bringen.

Ohne den Portier zu fragen, stieg er in dem angegebenen Hause bis zum dritten Stock empor, klingelte und fragte das öffnende Dienstmädchen: „Herr Guibert de Lorme ist doch zu Hause?“

„Ja.“

Er wurde in den Salon geführt und mußte einige Augenblicke warten. Dann trat ein großer, ordnungsgemäßer

Mann in militärischer Haltung herein, der trotz seiner Jugend schon graue Haare hatte.

Du Roy begrüßte ihn und sagte: „Wie ich vorher sah, dinirt meine Frau heute mit ihrem Liebhaber in der möblirten Wohnung, die sie in der Rue des Martyrs gemiethet haben, Herr Polizeikommissar.“

Der Beamte verneigte sich: „Ich stehe zu Ihrer Verfügung.“

„Bis um neun Uhr haben wir Zeit, nicht wahr?“ fuhr Georges fort. „Später dürfen Sie in eine Privatwohnung nicht mehr eindringen, um einen Ehebruch festzustellen.“

„Nein, bis sieben Uhr im Winter, bis neun vom 31. März ab. Heute haben wir den fünften April, wir können also bis neun warten.“

„Mein Wagen wartet unten, Herr Kommissar, wir können also wohl Ihre Begleitmannschaften holen und dann ein wenig vor der Thüre warten. Je später wir kommen, desto mehr Aufsichten haben wir, sie bei der That abzufassen.“

„Ganz wie Sie wünschen.“

Der Kommissar ging hinaus und kam dann im Ueberrock wieder hinein, der seine dreifarbigte Schärpe verband. Er bemühte sich, Du Roy vorangehen zu lassen. Aber der Journalist, der zu sehr mit seinen Gedanken beschäftigt war, wollte nicht zuerst hinausgehen und sagte immer: „Nach Ihnen... nach Ihnen.“

„Gehen Sie mir voraus,“ erwiderte der Beamte. „Ich bin ja hier zu Hause.“

Nun erst verneigte sich Du Roy und gab die Thüre frei. Sie holten zunächst im Revierbureau drei Schutzleute in Zivil ab, die schon auf sie warteten, denn Georges hatte schon im Laufe des Tages mitgetheilt, daß am Abend der

Fang vor sich gehen sollte. Einer der Männer kletterte zu dem Kutscher auf den Wock, die beiden anderen stiegen in die Droschke ein, die sie nach der Rue des Martyrs brachte.

„Ich habe den Plan der Wohnung,“ sagte Du Roy. „Sie liegt im zweiten Stock, besteht aus drei Zimmern und hat nur einen Ausgang. Ein Schlosser wohnt in der Nachbarschaft. Er ist bereit, falls Sie ihn requiriren sollten.“

Es war erst viertelneun, als sie vor dem angegebenen Hause anlangten. Schweigend warteten sie zwanzig Minuten. Gegen dreiviertel sagte Georges: „Jetzt vorwärts!“ Sie stiegen die Treppe hinauf, ohne sich um den Portier zu kümmern, der sie übrigens auch garnicht bemerkte. Ein Schutzmann blieb auf der Straße, um die Thüre zu bewachen.

Im zweiten Stock machten die vier Männer halt, und Du Roy preßte erst sein Ohr an die Thüre, dann sein Auge ans Schlüsselloch. Er hörte und sah nichts. Er klingelte.

„Bleiben Sie hier und halten Sie sich bereit, wenn ich Sie rufe,“ sagte der Polizeikommissar zu seinen Leuten.

Sie warteten wieder. Zwei oder drei Minuten verstrichen, dann zog Georges mehrmals hintereinander die Klingel. Ein Geräusch drang aus der Tiefe der Wohnung heraus, dann näherte sich ein leiser Schritt. Jemand suchte durch's Schlüsselloch zu spähen. Da klopfte der Journalist mit gebogenem Finger heftig gegen das Holz der Thürrückwand.

Eine Stimme, es war eine Frauenstimme, die sich zu verstellen suchte, fragte: „Wer ist da?“

„Öffnen Sie im Namen des Gesetzes!“ erwiderte der Beamte.

„Wer sind Sie?“ fragte die Stimme wieder.

„Ich bin der Polizeikommissar. Öffnen Sie, oder ich laß die Thüre aufbrechen.“

„Was wollen Sie hier?“ fragte die Stimme weiter.

Lohn bekommt, wenn gefeiert werden muß — es verschweigt aber unsere Gegenüberstellung, daß sich der Arbeiter trotzdem zwei Feierschichten lang zur Verfügung halten muß, um nicht auch noch „kontraktbrüchig“ zu werden. Das amtliche Organ geht mit Stillschweigen über unsere Feststellung hinweg, daß die Arbeiterauschüsse der staatlichen Gruben wohl gehört, aber in keinem Falle er hört zu werden brauchen — dieses Schweigen ist das Beste und Bezeichnendste, was es thun konnte. Dafür behauptet es, die Mitglieder der Ausschüsse würden „in freier Wahl“ gewählt: unter der „Leitung“ des Bergwerksdirektors nämlich nach einem von diesem „geregeltten Verfahren“ (§ 4 der Bekanntmachung vom 21. Februar 1890).

Wahlberechtigt sind nur Bergleute, die „seit wenigstens drei Jahren“ in den Saargruben arbeiten, wählbar nur solche, die „seit wenigstens fünf Jahren auf einer und derselben Grube in Arbeit stehen“, den Wahltag bestimmt die Verwaltung, die Einladung zur Wahl kann sie erst einen Tag vor dem Wahltag erlassen — und das nennt der amtliche Artikelschreiber „freie Wahl von Vertrauensmännern!“ Aber es giebt eben nichts Wertvolleres, als solche Kundgebungen, die bereits zum Beginne des Streiks zeigen, was die staatliche Verwaltung unter der „Freiheit“ der Arbeiter versteht. Sie hat sogar die Stirn, sich mit ihrer Liberalität gegen den bergmännischen Rechtsschutzverein zu brüsten und die zahllosen — Maßregelungen todzuschweigen, die sich Angehörige desselben gefallen lassen mußten. Diesen Dingen reicht sich schließlich würdig an das Geständnis, daß die staatliche Verwaltung „gar keinen Grund hat, über die „vollständig ausreichenden“ Gesetzesbestimmungen bezüglich der Sonntagsruhe und jugendlicher Arbeiter hinauszugehen — natürlich: diese mageren Bestimmungen sind ja mit den Schlotbaronen gemacht, um der Ausnutzung möglichst wenig hinderlich zu sein. Das amtliche Organ der Grubenverwaltung tritt ausdrücklich für die vier- bis sechswochentliche Lohnfrist ein, es erklärt die Bestreitung aller Betriebsauslagen für Pulver, Werkzeuge, Öl und Sicherheitslampen für „nothwendig“, weil sonst „ein Viktoriaschießen in den Gruben anheben“ oder „unnöthig mit der Sicherheitslampe gespielt“ würde; es vertheidigt die ausdrückliche Ausnahme des Rechtes zum Lohnabzug in die „Musterarbeitsordnung“, wohl in süßer Erinnerung an frühere Gebräuche, welche die 1889er Enquete feststellte, nach der die Bergleute von der Verwaltung wegen Steuerhinterzügen sogar — entlassen wurden; es hat die Sitze, die Bestrafung etwaiger Unpünktlichkeiten mit dem Lohnverlust ganzer Tage mit dem „Interesse des fleißigen Arbeiters gegenüber dem leichtsinnigen“ zu entschuldigen und setzt seinem Artikelbandwurm dadurch die Krone auf, daß es die — Durchschnittslöhne im Saarrevier preist; von den wirklichen Löhnen zu sprechen, schämt es sich offenbar.

Nochmals: wir heißen diese zeitgemäße Aufklärung über den nothigen Unternehmer-Standpunkt der staatlichen Grubenverwaltung aufs beste willkommen. Wer Augen hat, zu sehen, muß jetzt wissen, weshalb sich die Verhältnisse im Saarrevier so zuspitzen haben. Der Streit der Bergleute ist ein unbesonnenes, aber menschlich entschuldbares Unternehmen, denn die staatliche Grubenverwaltung huldigt nach wie vor ganz offen — dem Moloch Kapitalismus und äußerster Arbeiterausbeutung! —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. Januar.

Die Nothstands-Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion liegt jetzt dem Reichstage offiziell vor. Wir wiederholen hier den Wortlaut derselben:

Die Unterzeichneten richten an den Herrn Reichskanzler die Frage: Welche Maßregeln haben die verbündeten Regierungen ergriffen oder gedenken sie zu ergreifen, um dem notorisch vorhandenen Nothstand entgegenzuwirken, welcher infolge andauernder Arbeitslosigkeit, vielfach vorgenommener Herabsetzung der Arbeitslöhne, sowie der allgem. gedrückten Erwerbsverhältnisse in den weitesten Volkskreisen herrscht.

Die Stellung, welche der Reichstag und die Regierung zu dieser Interpellation nehmen werden, ist uns nicht

„Ich bin es,“ rief Du Roy. „Jeder Versuch, uns zu entwischen, ist nutzlos.“

Der leichte Schritt entfernte sich wieder, kam aber nach einigen Sekunden zurück.

„Wenn Sie nicht öffnen wollen,“ sagte Georges, „erbrechen wir die Thür.“

Er rüttelte an dem kupfernen Thürgriff und stieß langsam mit der Schulter an die Thür. Keine Antwort erfolgte. Plötzlich gab er der Thür einen so kräftigen und starken Stoß, daß das alte Schloß der Garniswohnung aufsprang. Die Schrauben sprangen aus dem Holz, und der junge Mann wäre beinahe auf Madeleine gefallen, die, ein Licht in der Hand, im Vorzimmer stand.

„Sie ist es, wir haben sie!“ rief er und stürzte ins Zimmer. Der Polizeikommissar nahm seinen Hut ab und folgte ihm. Bestürzt kam die junge Frau hinter ihnen her und leuchtete.

Im Eßzimmer zeigte der nicht abgedeckte Tisch die Ueberreste eines Mahles: leere Champagnerflaschen, eine offene Gänseleberterrine, ein Geflügelgerippe und angebissene Brotschnitte. Auf einem Seitentisch lagen Haufen Austerschalen in zwei Schüsseln.

Eine Schale voll Theegebäck, eine Flasche Chartreuse und zwei halbgefüllte Liqueurgläschen standen auf dem Kaminsims. Die Broncefigur der Standuhr war durch einen großen Männerhut verdeckt.

Der Polizeikommissar drehte sich rasch um und sah Madeleine schamhaft an:

„Sie sind doch Frau Clara Madeleine Du Roy, rechtmäßige Gattin des Journalisten Herrn Prosper Georges Du Roy, der hier zugegen ist?“

„Ja,“ erwiderte sie mit gepreßter Stimme.

„Was thun Sie hier?“

Sie gab keine Antwort.

„Was thun Sie hier?“ fragte der Beamte noch einmal. „Ich finde Sie in fremdem Hause in einer möblirten Wohnung. . . Was hatten Sie hier zu suchen?“

Er wartete einige Augenblicke. Als sie noch immer schwieg, sagte er: „Wenn Sie nicht gestehen wollen, muß ich das Weitere feststellen.“

zweifelhaft. Die Regierung und die Regierungsparteien werden gegenüber den neuen Forderungen für den Militarismus nicht umhin können, den Nothstand nicht anzuerkennen und die wirtschaftliche Lage in möglichst rosigem Lichte zu sehen. Warnt doch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ wiederholt davor, daß das Volk seine Kraft nicht in „träger Beschaulichkeit“ erlahmen lasse, daß wir uns nicht „in das stille Thal ruhiger, gesättigter Beschaulichkeit“ führen lassen. Siebt es einen grimmigeren Spott als der Hinweis auf die „träge gesättigte Beschaulichkeit“ der großen Masse des mit der größten Noth kämpfenden Volkes? Es wird unbewußt verrathen, wenn man offiziös unter „Volk“ versteht. Das ist eben nur das Häuflein der „satten“ Existenzen, der oberen Zehntausend, für welche Politik und „Patriotismus“ nur eine Art „Sport“ ist, der angenehme Aufregung, Ansehen, Gewinn und Karriere schafft. In die „träge Beschaulichkeit“ der Champagnergelage mögen Krieg und Kriegsgeschrei eine erfrischende Anregung der abgestumpften Nerven bringen. Aber wenn diese gesättigten Existenzen der Anregung bedürfen, dann mögen sie auch die Kosten derselben tragen. Aber man muß diese Schwadronneuren, denen man im Reichstage schon den Beinamen der schweren Kavallerie beilegt, dem Herrn Stumm und den sonstigen Säbelträgern zu, die Kosten der Militärvorlage durch eine Steuer von auch nur einem Prozent der höheren Einkommen zu decken, dann fühlen diese Herren, welche dem Volke die höchsten Lasten aufbürden, die Belastung mit einem Prozent ihres Ueberflusses schon als etwas, was das ganze Reich an den Abgrund des Verderbens führt. Die sozialdemokratische Interpellation verlangt Brot für das Volk, und soll es statt dessen nur den Stein, als welchen wir die Militärvorlage ansehen, empfangen? —

Die Geschäfts- und Rechnungsergebnisse der Alters- und Invaliditäts-Versicherungsanstalten sind heute dem Reichstage zugegangen. —

Unsere Mittheilungen über die Welfenfonds-Schuldnungen haben auf das Volk der Welfen- und Reptilienfonds-Stipendiaten gewirkt wie ein paar tausende Peitschenhiebe auf eine Meute von Dumben. Nun — das war vorausgesehen und beabsichtigt. Eine Freude wollten wir den Betroffenen und Betroffenern nicht machen.

Wenn nun hintennach Reptilienblätter wie die „Adnische Zeitung“ und Verwandtes sich in die Brust werfen und, als Theater-Catone von uns verlangen, wir sollten jetzt auch die Namen all' nennen und noch Sonstiges mittheilen, so lachen wir die Herren einfach aus und bemerken ihnen, daß der Dube, der gezüchtigt wird, nicht darüber zu bestimmen hat, wie die Züchtigung zu verabreichen ist. Wir werden die Züchtigung so verabreichen, wie es uns gut dünkt, und wie es den Züchtlingen am Schmerzhaftesten ist. Und wenn die Herren von „Anstand“, „journalistischer Pflicht“ reden, so haben wir ihnen nur zu sagen, daß sie gar kein Recht haben, solche Worte in den Mund zu nehmen, und daß sie die Leuten sind, von denen Anstand zu lernen.

Namen! Ei! Weiset nicht jeder mit Fingern auf die Empfänger der Reptilgelber? Ueber wen ist denn etwa ein Zweifel? Die Organisatoren der militärischen Spionage interessieren uns vorläufig nicht. Aber die Herren Patrioten, die schon vor 1866 im Auftrage und Solde Bismarck's die Annexion der Kleinstaaten vorbereiteten, Hochverrath gegen die eigene Regierung, Landesverrath gegen ihren Heimathstaat übten — und die dann noch aus dem Reptilienfonds schöpfen — sind sie etwa unbekannt? Oder wollen die „besten Männer“ etwa leugnen? Wo ist die Peitsche?

Ja — aber das geschah für die gute Sache. Gute Sache hin, gute Sache her. Die Stipendiaten des Panamafonds ließen sich auch für die gute Sache bezahlen; sie verwandten das gestohlene Geld „im Interesse der Republik“. Und die französische Republik ist doch wahrhaftig so viel werth wie die bismarck'sche Reptilwirtschaft.

Und die Herren, welche beim vorigen König von Bayern thätig waren, ihn für das Bismarck'sche Spiel einzufangen und zu gebrauchen hatten, sind sie etwa unbekannt? Tragen sie das Brandmal nicht blutroth auf der Stirne? Und die Legion der kleineren Spitzel und

Der Beamte trat ins nächste Zimmer und rief: „Wer ist hier?“

Alles blieb still. Du Roy sprang hinzu und zog einen Menschen hinter der Thür hervor. Das bleiche Gesicht Baroche-Mathieu's tauchte auf. Der Journalist stürzte sich auf ihn, als wenn er ihn am Hals packen und erdroffeln wollte.

„Haben Sie wenigstens den Muth Ihrer Gemeinheit!“

„Wer sind Sie?“ fragte der Beamte wieder.

Der bestürzte Mann schwieg.

„Ich bin Polizeikommissar und fordere Sie auf, mir Ihren Namen zu nennen!“

„Antworten Sie doch, Sie Feigling!“ schrie Georges vor thierischer Wuth zitternd, „oder ich nenne ihn sonst.“

„Herr Polizeikommissar,“ stotterte der Mann, „Sie dürfen mich von diesem Individuum da nicht beleidigen lassen. Habe ich mit Ihnen oder ihm zu thun? Muß ich Ihnen oder ihm Rede stehen?“

Er sprach, als wenn er keinen Speichel mehr im Munde hätte.

„Wir haben Sie zu antworten,“ erwiderte der Beamte, „mir allein. Ich frage Sie also, wer Sie sind?“

Der Mann schwieg noch immer. Seine kleinen, nach oben gestrichenen Schnurrbartspitzen sahen schwarz in seinem bleichen Gesicht aus.

„Wollen Sie nicht antworten?“ fuhr der Beamte fort. „Dann muß ich Sie verhaften.“

Madeleine hatte inzwischen ihre Kaltblütigkeit wieder gewonnen. Sie sah, daß alles verloren war und scheute sich nicht alles zu wagen. Höhnischer Trost leuchtete aus ihren Augen, sie kniffte einen Fidius und begann wie zu einem feierlichen Empfang die zehn Kerzen anzuzünden, die in zwei häßlichen Randelabern in den Ecken des Kaminsimses standen. Dann lehnte sie sich an den Marmor des Kamins, wärmte ihre Füße an dem verlöschenden Feuer, nahm eine Zigarette aus einer rosa Papierschachtel, zündete sie an und begann zu rauchen.

Der Kommissar war an sie herangetreten und wartete dort, ob ihr Komplize sich eines Besseren bestimmen würde.

sonstigen Gesandels? Sie wollen genannt sein? Die Peitsche her!

Und nun, Ihr Züchtlinge in die Ecke. Die Peitsche wird wieder geschwungen — jedoch nicht eher als es uns gefällt. Und nun, wartet auf die nächste Portion! —

Die Neujahrskündigung des Kaisers muß jetzt für die Militärvorlage werden; in der offiziellen und besonders in der nationalliberalen Presse muß sie als wichtiges Argument dienen, obwohl die Stellungnahme des Kaisers doch wohl niemandem unbekannt gewesen und also auch an der gegebenen Situation nichts ändern kann. Der Kaiser hat seine Meinung, das ist sein Recht; aber ebenso hat das Volk eine Meinung. Der Kaiser verlangt, was er nur mit Bewilligung des Volkes erlangen kann; weigert sich das Volk in seiner Reichstagsmajorität, dann muß eben der Kaiser verzichten. Appellirt die Regierung durch eine Reichstagsauflösung direkt an das Volk, dann wird das Volk durch die Neuwahlen diese Appellation noch deutlicher beantworten. In Verlegenheit kommen nur die Dörscheibenpolitiker, die jeder Regierung gern zu Willen sind und zugleich Angst haben, bei der Wahl vom Volke verworfen zu werden. Für uns ist diese Entscheidung nur eine erfüllte Hoffnung. Unsere Parole bleibt in jedem Fall: Für den Militarismus keinen Mann und keinen Groschen! —

Gegen die Jesuiten! heißt jetzt die Parole der nationalliberalen Weichhäre, die in dieser Zeit des Kampfes nichts Besseres zu thun wissen, als kindische Reitübungen auf dem alten, lendenlahmen Kulturkämpflepper zu machen. Protestversammlungen und Petitionen gegen die Zulassung der Jesuiten sind an der Tagesordnung. Und was ist denn so Erschreckliches an den Jesuiten? Sie haben gesagt: „Der Zweck heiligt das Mittel!“ Aber was haben die Herren Nationalliberalen denn hieran anzufehen? War das nicht, so lange sie etwas zu sagen hatten, ihr stiller Wahlspruch? Haben sie nicht im Namen der deutschen Einheit Hoch- und Landesverrath, Verrath an Freiheit und Volkrecht geschäftsmäßig verübt? Haben sie nicht dem Fälscher der Emser Depesche zugejubelt? Suchen sie nicht noch heute die schmutzigsten Handlungen der sogenannten nationalen Politik zu beschönigen? Nein, da sind uns die richtigen Jesuiten denn doch noch hundert Mal lieber. Solcher Niedertracht haben sie sich noch niemals schuldig gemacht. Und sie sind Männer. —

Arbeit und Gottvertrauen! Diese Parole giebt das Organ des Kanonellieferanten Krupp und des Steuerhinterziehers Baare, der aus der Stempelfälschungs- und Schienenflücker-Affäre so „reinlich und zweifelsohne“ hervorging, zum Jahreswechsel“ aus. „Unser Leben soll ganz und voll gestellt sein in den Dienst der Gerechtigkeit und der Liebe, der Treue und der Wahrheit“ gelobt sie, und ihre Anhänglichkeit an die Millionäre beruht gewiß nur darauf, daß sie bei diesen ihre Ideale vorzugsweise verwirklicht findet. Dieselben mögen ja auch ihre Mängel haben — aber, das sind alles nur „Schönheitsfehler“. Ganz anders sieht es in Frankreich aus, in der „materialistischen“ Republik, wie das Schienenflücker-Organ schreibt. Von Frankreich sagt es:

„Weld giebt überall Macht; Macht giebt vielfach Ehre. In dem Frankreich der dritten Republik aber ist Geld ipso facto Ehre. Der Unterschied ist so klein, wie es den Anschein hat. In der Verwischung dieses Unterschiedes liegt der Grund zu der heute über die Franzosen hereingebrochene Katastrophe. Für Geld war den Herren der Republik alles feil, und für Geld ist schließlich alles käuflich geworden. „Geld machen“ wurde also die Parole für jung und alt, für reich und arm, für vornehm und gering, für dumm und klug.“

In den Kreisen, deren Organ das rheinisch-westfälische Blatt ist, gelten dieselben Grundsätze, wie in Frankreich; sie haben vor der französischen Bourgeoisie nur die größere Heuchelei und Prognostizität voraus. —

In der schwarzen Liste, welche auf Veranlassung des Korpskommandeurs Ritter v. Rylander über die neu eingestellten pfälzischen Rekruten aufgestellt wurde, figurirte auch als „agitativer Sozialdemokrat“ der Sohn des Werkausweisers Siegel. Da der junge Mann nun nichts weniger als ein Sozialdemokrat ist, sich auch niemals irgendwie politisch bemerkbar gemacht hatte, führte sein

„Treiben Sie oft so ein Handwerk?“ fragte sie frech.

„So wenig als möglich“, versetzte er ernst.

Sie lachte ihm ins Gesicht. „Wiel Glück dazu! Sauber ist es nicht!“

Sie that so, als sähe sie ihren Gatten gar nicht.

Der Polizeioffizier wendete sich wieder an ihren Gefossen.

„Wollen Sie mir jetzt sagen, wie Sie heißen?“

Wieder keine Antwort.

„Dann bin ich gezwungen, Sie zu verhaften.“

Da schrie der Mann plötzlich: „Nähren Sie mich nicht an! Ich bin unverletzlich!“

Du Roy stürzte auf ihn zu, als wollte er ihn zu Boden schlagen und schnauzte ihn an:

Sie sind in flagranti ertappt . . . in flagranti . . . Ich kann Sie auf der Stelle verhaften lassen, wenn ich will; ja ich kann.“

Und mit schwingender Stimme fügte er hinzu: „Der Mensch hier heißt Baroche-Mathieu und ist Minister der auswärtigen Angelegenheiten!“

Der Polizeikommissar trat höchst erstaunt zurück und stotterte: „Sind Sie es wirklich?“

Der Mann entschloß sich und sagte mit Anstrengung: „Ein für alle Mal, der Lump da hat nicht gelogen. Ich bin der Minister Baroche-Mathieu.“

Dann deutete er mit dem Arm nach der Brust des Redakteurs, wo ein kleiner rother Punkt leuchtete und setzte hinzu: „Der Schuft trägt noch das Kreuz der Ehrenlegion, das ich ihm verliehen habe.“

Du Roy war bleich geworden. Mit raschem Griff riß er das rothe Bändchen aus dem Knopfloch und warf es ins Feuer: „Soviel ist ein Orden werth, der von Schweinhunden Ihrer Sorte herrührt!“

Mit geballten Fäusten standen sich die Wüthenden gegenüber, als wenn sie sich fressen wollten: Der Eine mager, mit fliegendem Schnurrbart, der andere fett, den Schnurrbart zusammengedrückt.

Rasch trat der Kommissar zwischen sie und trennte sie mit den Händen: „Meine Herren, meine Herren, Sie veressen sich! Bewahren Sie den Anstand!“

Vater Beschwerde an die königliche Regierung in Speyer. Nach der „Frankf. Ztg.“ wurde ihm dieser Tage eine Entschädigung dieser Behörde durch das königl. Bezirksamt eröffnet, wonach die Eintragung seines Sohnes in die „schwarze Liste“ auf einen Irrtum zurückzuführen sei. Der junge Mann kann sich bei der Sozialdemokratie bedanken, welche die schwarze Liste an die Öffentlichkeit brachte; sonst würde er noch heute in derselben stehen und gar nicht wissen, wie er zu der bevorzugten Behandlung, welche die Sozialdemokraten beim Militär genießen, kommt. —

Ausschreitungen. Bezüglich des Bergarbeiter-Ausstandes im Saarbrücker Kohlenbecken mußte der Telegraph von „Ausschreitungen“ der Ausständigen zu vermelden. Jetzt haben wir in der gegnerischen Presse briefliche Nachrichten, aus denen erhellt, daß die Feiern hier und da „Ausschreitungen“ begingen, indem sie „schrien, sozialdemokratische Lieder sangen und Revolverschüsse abfeuerten“. Wohlgerührt blinde! Wer in jenen Gegenden bekannt ist, weiß, daß bei jeder Gelegenheit, wo Menschen sich im Freien versammeln, bei Jahrmärkten, Kirnmessen, in den Weinleser u. s. w. tüchtig gefolkt und gefungen wird. Die Ausständigen waren also nur in — festlicher Stimmung. Und daraus macht man „Ausschreitungen“! Freilich, sozialdemokratische Lieder! Das hat manchem vermutlich nicht so schön geklungen, wie irgend eines der Potentlieder, wie sie in den „Ferientolonien“ gelehrt werden. —

Nach den heutigen Telegrammen soll es zu „ernsten Ereignissen“ gekommen sein. Warten wir die näheren Nachrichten ab! Die „Ereignisse“ werden sich vermutlich ebenso in Nichts auflösen, wie die „Ausschreitungen“. —

Die Gomburg des Nationalliberalismus. Leipzig, ist zugleich die Sumpfstätte der gemeinsten Korruption. In der Stadt der Winkelmann und Jerusalem bietet die „ehrliche“, „respektable“ Bürgerschaft das Schauspiel der höchsten Gefinnungslumperei und Progenhaftigkeit und dabei einer lieblichen Füglosigkeit und ekelhaften Genusssucht, die sich auch durch den Mantel der Heuchelei nicht mehr verdecken läßt. Die Fäulnisgeschwüre brechen an allen Stellen auf und kein Parfüm kann verhüten, daß der Gestank merkbar werde. Wie sich die Bourgeoisie amüsiert, das zeigt erst vor einigen Monaten eine Gerichtsverhandlung gegen einen Klub von „Lebemännern“. Gegenwärtig geht durch die Presse wieder die Mitteilung von umfassenden Kuppelprozessen. Wirthe und Wirthinnen von 14 fashionablen Absteigequartieren, in denen den „Lebemännern“ der Bourgeoisie die Töchter anständiger Bürgerfamilien als leckere Koststücken angeboten wurden, sind in Untersuchung gezogen. Leider werden die traurigen Folgen der Doffentlichkeit nur die armen Opfer der Lustlinge zu tragen haben und diese selbst nach wie vor mit der Maske der „Ordnungsparteilichkeit“ gegen die Umstürzler, welche Ehe, Familie und Eigentum gefährden wollen, zu eifern fortfahren. —

Nationalliberale Unwissenheit und der Panama-Skandal. In der „Nationalliberalen Korrespondenz“ befindet sich ein (wohl vor den Welfenfonds-Euthyllungen geschriebener) Wackzettel, der die Hoffnung ausdrückt, Frankreich werde durch die — Armee gerettet werden. Ja, was hat diese staatsmännische Mannessele denn für Vorstellungen von Frankreich und der französischen Armee? Offenbar verwechselt der Herr Volksbelehrer Frankreich mit Spanien. Nur in den verkommensten Ländern, wie Spanien, kann die Armee eine politische Rolle spielen. Soll die französische Armee etwa von selbst ein Pronunciamento machen? Für Wen denn? Für Was denn? Die „Nationalliberale Korrespondenz“ hofft offenbar auf einen Staatsstreich à la Bonaparte. Aber die Armee von heute ist eine Volkssarmee, und die Armee des Staatsstreichs war ein systematisch korruptes Prätorianerheer. Und wer soll die Armee denn jetzt zu einem Pronunciamento veranlassen? Der Präsident, die Regierung? Aber sie werden doch kein Pronunciamento gegen sich selbst machen. Oder glaubt die „Nationalliberale Korrespondenz“ an den Stern der zwei „grünen Jungen“, so sich „Prinz Napoleon“ und „Herzog von Orleans“ nennen? Sollten diese sauberen Ehrentugende sich heilkommen lassen, vor der Front eines französischen Regiments zu rufen: Hoch das Kaiserreich! oder: Hoch das Königthum! — sie würden im Hand-

umdrehen am Krage gepackt und auf die nächste Polizeiwache geführt werden.

Rein — die französische Armee giebt sich zu derartigen „verbrecherischen Thorheiten“ nicht mehr her. Und was sie beim bevorstehenden Rehraus thun wird, das wollen wir abwarten. —

Die außerordentliche Wirkung des Panama-Skandals auf das französische Volk erklärt sich dadurch, daß viele Millionen der Bevölkerung in direktester, greif- und fühlbarer Weise geschädigt worden sind. Durch die regelmäßige Arbeit der kapitalistischen Ausbeutung und durch die Schutzoll-Politik wird das französische Volk jedes Jahr um mehr betrogen, als der Panamaskandal im Laufe einer Reihe von Jahren geraubt hat, — aber das wird nicht so unmittelbar empfunden, das kommt nicht so zum Bewußtsein. Es ist wie bei den indirekten Steuern, die deshalb den Finanzleuten so bequem sind, weil das Volk den Abdruck nicht merkt, während es die direkten Steuern schwarz auf weiß hat. Die anderthalb Milliarden Mark, welche die Panamakompagnie dem Volk aus der Tasche genommen hat, sind auf Heller und Pfennig nachzurechnen, und auf Heller und Pfennig weiß jeder Bestohlene, um wie viel er bestohlen ist. Das stachelt den Jorn auf. Und die Zahl der Bestohlenen mit ihren Familien sind mindestens 5 Millionen, mehr als der achte Teil des französischen Volks! —

Aus Dänemark. Aus Kopenhagen schreibt man uns d. d. 30. Dezember:

Der Reichstag hat in seiner dreimonatlichen Dauer wenig Interessantes geboten. Desto größeres Interesse erregen die hauptsächlichsten Angelegenheiten. Drei wichtige Fragen, an denen auch die Sozialdemokratie regen Antheil nimmt, nehmen die allgemeine Aufmerksamkeit in Anspruch: die neue Einkommensteuer, die Erbauung von acht neuen Kirchen und eine Aenderung des kommunalen Wahlrechts.

Zuerst die Steuerfrage! Die Bevölkerung und die Einnahmen der Stadt wachsen, aber in noch größerem Umfange wachsen die Ausgaben. Wie nun das Defizit decken? Eine progressive Einkommensteuer wäre das einfachste Mittel. Aber, meint der Magistrat: Das geht nicht, alle reichen Leute würden aus der Stadt flüchten! Man dachte an die Besteuerung der Hunde, der Fortepianos, der Luxusperle, der herrschaftlichen Equipagen u. s. w., aber das reicht alles nicht, um eine Million aufzubringen. Schließlich ist man auf eine Reichthumssteuer verfallen, und dort hat man Anker gemorfen.

Gegen diese Reichthumssteuer hat die Sozialdemokratie in einer Reihe von Versammlungen Protest erhoben; wenn größere Einnahmen erforderlich sind, sollen sie durch eine progressive Einkommensteuer gedeckt werden. Eine diesbezügliche Gesetzesvorlage haben wir seiner Zeit auch im Reichstage eingebracht. Die Kommunalverwaltung beharrt jedoch vorläufig bei der Hausmietsteuer, und hat diese bei der Regierung befristet. Den Protesten der Sozialdemokratie aber schließt sich jetzt zahlreiche bürgerliche Korporationen an, und selbst das reaktionäre Wochenblatt „Ugeblad for Adres Arbejder og Boligerforeninger“, welches das Organ der konservativen und reaktionären politischen Vereine in Dänemark ist, sagt in seiner letzten Nummer: „Nieder progressive Einkommensteuer als Reichthumssteuer!“

Und nun gar erst das Verlangen nach 8 neuen Kirchen! Die Erbauung derselben beansprucht 1 1/2 Millionen Kronen, und überdies werden für die Erhaltung derselben und die Löhnung der neuen Pastoren nicht weniger als 600 000 Kronen (665 000 Mark) jährlich berechnet. Und solche Forderungen werden zu einer Zeit gestellt, wo unter den Arbeitern der Hunger wüthet und die Kommune kein Brot für die hungernden Schulkinder hat. In einer großen Volksversammlung legte der Vorsitzende des Komitees der generalisirten Fachvereine Kopenhagens, J. Jensen, die Stellung der Sozialdemokratie dar. Mehrere anwesende Priester und Theologen versuchten vergebens, die Partei der Kirche zu nehmen. Nach vierstündiger Debatte nahm die Versammlung mit allen gegen zwei Stimmen folgende Resolution an:

Die Verfassung protestirt energisch dagegen, daß die Bürger Kopenhagens zu einer Steuer für neue Kirchen und eine vermehrte Priesterzahl herangezogen werden, gleichviel, ob man dieselbe auf direktem oder indirektem Wege erhebt.

Vor allem aber erregt die beabsichtigte Aenderung des kommunalen Wahlrechts böses Blut. Bisher waren alle wahlberechtigt, die das 25. Lebensjahr vollendet und ein Einkommen von mindestens 1000 Kronen (1125 Mark) hatten. Nach dem Magistratsprojekt soll ein Klassen-Wahlrecht eingeführt werden; die eine Hälfte der Bürger-Deputirten soll von den Höchstenbesteuerten, die andere Hälfte von den übrigen Wählbaren Einwohnern, soweit sie direkte Steuern zahlen, gewählt werden. Selbstverständlich bekämpft die Sozialdemokratie sowohl das bis-

herige Wahlsystem als das projektirte neue Wahlrecht. Dieses wird wohl auch kaum im Reichstage auf eine Majorität rechnen können.

Im nächsten März finden neue Kommunalwahlen statt, und hat bei diesen, trotz des hohen Jenseus, die Sozialdemokratie größere Hoffnungen, wie je vorher.

Auf dem Lande sehen wir unsere Agitation mit verdoppelter Kraft fort, was freilich den Gutsbesitzern und größeren Bauern nicht gerade sehr erfreulich ist. —

In Holland ist es an verschiedenen Orten zu blutigen Zusammenstößen zwischen Arbeitslosen und der Polizei gekommen. In jedem Falle war die Polizei der angreifende Theil, indem sie, dem Landesgesetz zuwider, die Menschenansammlungen gewaltsam verhindern wollte, und, wenn die Menge sich nicht sofort zerstreute, mit Revolvern scharf schoß. Mehrere Menschen sind auf diese Weise getödtet, viele verwundet worden. —

Der Dubliner Dynamitstreik ist nicht von Freunden der irischen Sache ausgegangen — schrieben wir gleich nach Bekanntwerden der Nachricht. Jetzt haben wir eine Spur, die zu den Urhebern führt. Der berüchtigte O'Donovan Rossa ist plötzlich aus dem Dunkel emporgetaucht, und hat die „große That“ verberichtet. Herr O'Donovan Rossa ist ein Kollege des Spiegels Le Caron; er wurde seiner Zeit entlarvt, hat jedoch, wie all' diese Spiegel, wieder ein paar Wimpel gefunden, die ihm auf den Leim gingen. Wir sagten auch sofort, Herr Le Caron werde Beschuldigt werden. Man frage ihn nur. Le Caron aber ist nicht mehr in Gladstone's Diensten, sondern in denen der Konservativen. —

Fort mit dem Polizeifabel! Die irische Regierung hat für die Polizei, die bisher Seitengewehr trug, den Säbel abgeschafft und statt seiner den englischen Polizeiknüppel eingeführt. Es darf dies als ein Beweis dafür betrachtet werden, daß die Regierung nicht an eine „Fraktifizierung“ des Dubliner Attentats denkt. —

Darfeinrichtungen.

Gewerbegerichts-Wahlen. Bei den Wahlen zum Krollaer Gewerbegericht wurden in der Klasse der Arbeitervertreter die sozialdemokratischen Kandidaten gewählt, davon drei einstimmig.

Parteilkonferenz. Für den 2. anhaltischen Reichstags-Wahlkreis findet am 12. Februar ein Parteitag in Sandersleben statt.

Parteiangelegenheiten. Mitona: Jahreseinnahme inklusive 2272,81 M. früheren Bestandes 10806,33 M., Ausgabe 8844,61 M., Kassendefizit 1461,72 M.

Aus Koburg wird der „Frankischen Tagespost“ folgende lustige Geschichte mitgetheilt: Ein Hauptmann findet in seiner Rocktasche eine sozialistische, fürs Land bestimmte Agitationschrift. Wie diese in seine Tasche gekommen, ist ihm nicht erklärlich. Aus Karger darüber läßt er seine Kompagnie zusammenetzen und liest den Leuten den ganzen Inhalt der Schrift vor, mit der Bemerkung, daß so, wie die Verhältnisse darin geschildert seien, es doch unmöglich werden könne. Dann munterte er die Soldaten auf, sie sollten die Sozialdemokraten bekämpfen wo und wie sie nur könnten. Wie der Redaktion des genannten Parteiorgans am zweiten Feiertag von Soldaten persönlich mitgetheilt wurde, hat aber die Schrift durch ihre Objektivität bei den Soldaten einen guten Eindruck gemacht und sie haben den Wunsch, der Herr Hauptmann möchte ihnen öfters so etwas vorlesen.

Die sich Poß und Polizei in Oesterreich in die Hände arbeiten, schildert die Wiener „Arbeiterzeitung“ drastisch in folgender Mitteilung: „In Prag erschien vor einigen Tagen in tschechischer Sprache die „Kautskysche Broschüre „Grundzüge und Fortwägungen der Sozialdemokratie“ (Erläuterungen des Erwerber-Programms). Mit dem Erscheinen war allerdings den tschechischen Genossen nicht gebietet, die Broschüre sollte auch verbreitet werden. Zu diesem Behufe sandten die Herausgeber ca. 200 Exemplare, in einem Koffer wohlverpackt, per „Eilgut“ nach Wien. Um mit unserem empfindlichen Postwesen nur ja nicht in Berührung zu kommen, kamen sie auf die Idee, den Inhalt des Koffers als „Kleider“ zu deklarieren. Es ist das eine Praxi, die mit Rücksicht auf unser kulturwidriges Postgesetz bei uns unzulässig geworden ist. Jeder Herausgeber einer Druckchrift muß zu solchen Nothlügen seine Zusage nehmen, will er sein Geistesprodukt unter das Volk bringen. Trotz dieser Vorsicht gelangte der Koffer nicht an seine richtige Adresse. Die Wapnzpolizei schlägt nie! — Konnte der Koffer in unserer unruhigen Zeit nicht noch gefährlicheren Sachen enthalten, als jene tschechische Broschüre? Dieser Gedanke veranlaßte ein findiges Finanz-Wachorgan, den verdächtigen Koffer bei seiner Ankunft in Wien dem Bahn-Kommissariate zu avisiren und als der Adressat, Genosse K., den Koffer auf der Bahn in Empfang nehmen wollte, wurde ihm bedeutet, die Polizei hätte ein großes Interesse für den Inhalt des Koffers gehabt, sie habe ihn deshalb aufmachen lassen und er werde sein „Eilgut“ erhalten, bis es die Polizei erlaubt.“

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Aus Halle wird uns unterm 2. Januar berichtet: Heute hatte sich vor dem halle'schen Landgericht wieder einmal der Redakteur des hiesigen „Volksblatts“, Richard Jilge wegen Verleumdung zu verantworten. Auch in diesem Falle sollten wieder Militärpersonen beleidigt worden sein. Den Anklagegegenstand bildete ein Artikel, in welchem gesagt ist, daß im Hofe der Kasernen an der Keilstraße ein Soldat beim Herabspringen von einem Eskaladegerüst ein Bein gebrochen habe und dann etwa eine halbe Stunde liegen gelassen worden wäre, während welcher Zeit jedenfalls weiter geübt worden sei. Von anderer Seite, so heißt es in dem Artikel weiter, sei der Redakteur mitgetheilt worden, daß der verunglückte Soldat hinabgestoßen worden sei. Die Beweisnahme ergab, daß dem Verunglückten sofort die nöthige Hilfe geleistet worden und die Kompagnie sofort abgetreten war. Auch konnte die Angabe nicht bewiesen werden, daß der Soldat von dem Gerüste herabgestoßen worden war. Die Mittheilung war dem Redakteur Jilge von zwei Seiten gemacht worden. Der Staatsanwalt beantragte zwei Monate Gefängnis, das Gericht erkannte auf einen Monat, welche Strafe mit einem früher gegen Jilge erkannten Monat in eine Gesamtstrafe von einem Monat drei Wochen zusammengezogen wurde. Das Gericht bezeichnete den Artikel als tendenziös. Der Angeklagte dagegen führte aus, daß mit der inkriminirten Notiz nur ein Unglücksfall registriert worden, der ganz sachlich wiedergegeben sei. Dem Strafantrag gegenüber verwies Jilge auf das Urtheil in dem Ahlwardtprozeß, in welchem auf nur 6 Monate erkannt worden sei.

Sie schwiegen und machten auf den Haken kehrt. Madeleine stand noch immer unbeweglich am Kamin und rauchte lächelnd ihre Zigarette.

Der Polizei-Offizier wandte sich an Laroche: „Ich habe Sie hier allein mit Frau Du Roy getroffen. Wollen Sie zugeben, in welchem Verhältnisse Sie zu ihr stehen?“

„Ich habe nichts zu sagen,“ murmelte Laroche-Mathieu, „thun Sie Ihre Pflicht.“

Der Kommissar wandte sich an Madeleine: „Geben Sie zu, daß der Herr Ihr Liebhaber ist?“

„Ich leugne es nicht,“ erwiderte sie fest, „er ist mein Liebhaber.“

„Das genügt.“

Hierauf machte sich der Beamte einige Notizen über den Zustand, in dem er die Wohnung angetroffen. Als er mit dem Schreiben fertig war, fragte ihn der Minister, der den Paletot über dem Arm und den Hut in der Hand dastand:

„Brauchen Sie mich noch, muß ich noch etwas thun, oder kann ich mich eifersüßigen?“

Du Roy wandte sich ihm zu und lächelte ihm frech ins Gesicht. „Weshalb denn? Wir sind ja fertig, wir können ja gehen. Sie können hier bleiben. Wir lassen Sie ruhig allein.“

Er legte seinen Finger auf den Arm des Polizei-Offiziers und sagte: „Ziehen wir uns zurück, Herr Kommissar, wir haben an diesem Orte nichts mehr zu schaffen.“

Ein wenig überrascht folgte ihm der Beamte; auf der Thürschwelle aber blieb Georges stehen, um ihn voranzugehen zu lassen. Der Andere weigerte sich aus Höflichkeit.

„Nach Ihnen, nach Ihnen!“ sagte Du Roy beherrlich. „Nach Ihnen“, erwiderte der Kommissar. Da verneigte sich der Journalist und sagte im Tone ironischer Höflichkeit: „Diesmal sind Sie an der Reihe, Herr Polizeikommissar. Ich bin ja hier beinahe in meinen eigenen vier Pfählen.“

„Sie sind wohl verrückt?“ murmelte er.

Durchaus nicht. Eben habe ich Herrn Laroche-Mathieu beim Gebrauch mit meiner Frau in flagranti ertappt. Der Polizeikommissar hat alles festgestellt. Der Minister ist futsch!

Bestürzt schob Walter seine Brille auf die Stirne und fragte: „Sie machen sich wohl über mich lustig?“

„Durchaus nicht. Ich will vielmehr jetzt selber eine Notiz darüber schreiben.“

„Aber was beabsichtigen Sie denn?“

„Den Skand zu stürzen, den Lumpen, den öffentlichen Uebelthäter!“

Georges stellte seinen Zylinder auf einen Sessel und fügte hinzu:

„Gnade Gott allen, die sich mir in den Weg stellen! Ich kenne keine Vergebung.“

Dem Direktor ging erst allmählich das richtige Verhältniß auf. „Aber... Ihre Frau?“ flüsterte er.

„Morgen früh reiche ich die Scheidungsklage ein. Ich schicke sie dem seligen Forestier nach.“

„Scheiden wollen Sie sich lassen?“

„Zum Teufel auch, ja! Alle Welt lachte schon über mich. Aber ich mußte mich dumm stellen, um sie zu überraschen. Jetzt hab ich sie. Ich bin Herr der Lage.“

(Fortsetzung folgt.)

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Mittwoch, 4. Januar.
Opernhaus. Cavalleria rusticana.
 Die Tochter des Regiments.
Opernspielhaus. Wilhelm Tell.
Leistung-Theater. Die große Stadt.
Berliner Theater. König Richard III.
Wallner-Theater. Orientreise.
Brok's Theater. Norma.
Deutsches Theater. Faust's Tod.
Historia-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.
Lebens-Theater. Familie Pont-Biquet.
Neues Theater. Der verlorne Sohn.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
 Der Millionär.
Dolph Ernst-Theater. Modernes Babylon.
Thomas-Theater. Der Progenbauer von Tegernsee.
National-Theater. Die Königliche als Betrügerin, oder: Die Schule des Bedachs.
Alexanderplatz-Theater. Kabale und Liebe.
Lyoko-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Baummann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
 Zum 11. Male:
Modernes Babylon.
 Gesangspöffe in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt. Couplets heitweise von G. Odras. Musik von G. Steffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.
 Neu! Neu!
Der Postknecht in Berlin, versch. u. vorgez. v. Alfred Bender.
 Neu! Die Lyriker Duettisten Neu! Geschwister Rainer.
 Jeden Abend jubelnder Beifall des Hansdresdners Blank und der Krakauerwohner
 oder: Das Kind in der Kommode.
 Realistisch-parodistischer Vortrag im Keller, beobachtet vom Hofe aus. Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntag 6 1/2 Uhr.

Castan's Panoptikum.
 Neue Illusion:
Lotosblume.
Fantochs-Theater.
 Vorstellungen v. 11-1 u. v. 4-9 1/2 Uhr stündlich.
 Ohne Extra-Entree.
 Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Wer ist der Vater?
 Entree um 9 Uhr im **Passage-Panopticum.**

Kaufmann's Variété
 Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
The Maatwoods, Rephisto-Alt.
3 Schweiß. Peretti, Kunst-Nachschreibern.
Braselli, amerikanische Produktion auf der freistehenden Leiter.
Mr. Rappos-Zehn, Jongleur und Equilibristen.
Mlle. A. Bollena, Instrumentalistin.
The Bee's, unbewachte Momente zweier Negerflaven.
Mr. Barann, in f. dressirten Riesen-Doggen.
Theod. Zierrath, Pannemann Original-Kostüm.
Lily Bellini, Soubrrette.
 Anfang Wochentags 8 Uhr.
 Entree 50 Pf.

Circus Renz.

(Karlstraße.)
 Mittwoch, den 4. Januar 1893:
 Abends 7 1/4 Uhr:
Gr. Extra-Vorstellung.
 Erstes Auftreten der Schulleiterin Mlle. Martens mit dem Schulpferd Ben Azod. Debüt des Lusttrios Geschw. Reasley. Mr. James Pilla mit dem Schulpferde Germinale. Vier Fahnenpferde, vorgeführt vom Direktor Fr. Renz. Auftreten sämtl. Künstler-Spezialitäten ersten Ranges.
 Zum Schluss: Auf Helgoland. Ballet von 82 Damen. Neue Einlagen: u. a. Aufzug der Leib-Garde-Artillerie. Morgen, Donnerstag, Ab. 7 1/4 Uhr: Große Vorstellung mit neuem Programm und „Auf Helgoland“. Billet-Borverkauf an der Zirkuskasse u. beim Invalidentank, Marktgrafenstr. 51a.
 Fr. Renz, Direktor.

Mittwoch, 11. Januar:
Letzte Vorstellung.
Circus Corty-Althoff.
 Berlin, Friedrich-Havi-Platz, Ecke Karlstraße.
 Mittwoch, den 4. Januar 1893, Abends 7 1/4 Uhr:
Große Extra-Vorstellung.
 Zum 2. Male: Das fliegende Pferd „Good Boy“, sowie das Springspferd „Gand“, vorgeführt vom Direktor Althoff. Baronesse de Walberg mit dem Schulpferd Szabadka. Vorführen der 5 dross. Elefanten des Mr. Thompson. Elefant Modoc als Pianist. Troika, geritten vom Direktor Althoff. Austr. sämtlicher Spezialitäten.
 Morgen, Donnerstag: Benefiz-Vorstellung für die Familie Cooke.

Feen-Palast
 Burgstraße, neben der Börse.
 Welt-Lokal Berlins, 5000 Pers. fassend.
 Täglich:
Spezialitäten-Vorstellung
 mit großem Programm.
 Auf. Wochent. 7 1/2 Uhr, Sonntag. 6 Uhr. Kasseneröffnung 1 Std. vorher.
 Entree 50 Pf.

Gratweil's Bierhallen
 Kommandantenstraße 77-79.
 Täglich:
Germania-Konzert- u. Koppel-Sänger.
 Kinder 10 Pf.
 Wochentags frei.
 Sonntags 30 Pfennig.
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
 Zwei Säle zu Versammlungen und Vergnügungen, sowie 6 Billards und 3 Kegelbahnen.
 F. Sadtke.

Freie Volksbühne.

Am Sonntag, den 8. Januar, Nachmittags 2 1/2 Uhr, findet für die III. Abtheilung eine Vorstellung im „Leistung-Theater“ statt. Zur Aufführung gelangt:
Die arme Löwin,
 Schauspiel in 5 Akten von Emile Augier.
 Die Hauptrollen liegen in den Händen der Damen Sauer und Wagon, der Herren Brandt, Reicher und Sauer. Die Verlosung der Plätze beginnt um 1 1/2 Uhr.
 Mitglieder für die dritte Abtheilung werden noch in allen Zahlstellen gegen Zahlung des Einschreibegeldes von 50 Pf. aufgenommen. Die 1. und 2. Abtheilung ist vorläufig geschlossen. Den Mitgliedern der 1. und 2. Abtheilung steht es frei, die Vorstellung gegen Nachzahlung von 75 Pf. noch einmal zu sehen. Die Mitglieder werden gebeten, von dieser Freiheit Gebrauch zu machen.
 Für die 1. Abtheilung findet am 15. Januar, für die 2. Abtheilung am 22. Januar je eine Vorstellung im „National-Theater“ statt. Zur Aufführung gelangt beide Male:
Andere Beiten,
 Schauspiel in 4 Akten von Paul Bader.
 Die Hauptrollen liegen in den Händen des Hrn. Deitsch und des Herrn Brechler vom Leistung-Theater und der Herren Dir. Samst und Stiel vom National-Theater.
 Außer den Annoncen werden von nun an die Vorstellungen einen Tag vor der Vorstellung auf den Säulen-Plakaten des Leistung- resp. National-Theaters und am Tage der Vorstellung unter der Rubrik „Theater“ auf der ersten Seite des „Vorwärts“ angekündigt werden.
 Kinder dürfen nicht ins Theater geführt werden.
 Von heute ab liegen wieder Decel für die Mitgliedskarten in den Zahlstellen bereit.
 Der Vorstand der Freien Volksbühne.
 J. A.: Julius Zärt, SW., Solmsstr. 24.

Schöneberg.
Große öffentliche Volksversammlung
 für Schöneberg und Umgegend
 am Donnerstag, den 5. Januar 1893, Abends 8 Uhr, im Saale der „Schloßbrauerei“, Hauptstraße Nr. 60-63.
 Tagesordnung:
 1. Berichterstattung der beiden Gemeindevertreter über ihre bisherige Thätigkeit. 2. Diskussion. 3. Vorschlag eines Kandidaten zur Gemeindevertretung. 4. Neuwahl der Lokalkommission.
 Zur Deckung der Unkosten findet Zellerksammlung statt. Es ist Pflicht eines jeden Arbeiters resp. Wählers, in dieser Versammlung zu erscheinen.
 Der Verivancusmann.

Todesanzeige.
 Den Mitgliedern des Sozialdemokratischen Wahlvereins des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises zur Nachricht, daß der Genosse
Georg Koch
 am 2. Januar an der Proletarierkrankheit gestorben ist. Die Beerdigung findet Donnerstag, Nachm. 3 Uhr, von der Ballisadenstraße 84 aus nach Wilhelmsberg statt.
 Um rege Theilnehmung bitte!
 376/8
 Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
 Den Mitgliedern des Deutschen Tischler-Verbandes Berlin zur Nachricht, daß das Mitglied
Georg Koch
 am 2. Januar an der Lungenschwindsucht verstorben ist.
 Die Beerdigung findet Donnerstag, den 5. d. M., Nachmittags 8 Uhr, vom Trauerhause, Ballisadenstraße 84, aus nach Wilhelmsberg statt.
 Die Ortsverwaltung.

Todesanzeige.
 Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Badiker **Rudolf Held**, an der Proletarierkrankheit verstorben ist. Die Beerdigung findet am 5. d. M., Nachm. 2 Uhr, vom Trauerhause, Mantuffelstr. 26, aus nach dem Emmaus-Kirchhof statt.
 804b
 Clara Held geb. Reuper.

Dankfagung.
 Für die herzliche Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sagen wir allen, welche dem Dahingeshiedenen die letzte Ehre erwiesen haben, sowie dem Deutschen Raucherbund, dem Rauchklub „Mexikaner“ und dem Gesangsverein „Deutsche Linde“ unsern innigsten Dank.
 Wwe. Zimmermann.
 807b
 S. Meves nebst Frau.

Etablissement Buggenhagen.
 Moritz-Platz.
 Täglich: Instrumental-Konzert.
 Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Ausschank von Fahrenhoffer Lagerbier, hell und dunkel.
 An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt.
 Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
 Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

Schmiedel's Festsäle,
 Alto Jakobstr. 32.
 neben dem Thomas-Theater.
 Empfehle meine elegant ausgestatteten Säle, elektrisch beleuchtet, Theaterbühne etc. zur Abhaltung jeder Art Festlichkeit unter koulanten Bedingungen.
 G. Schmiedel Wwe.

Arbeitslosen-Versammlung
 der Bäcker, Schlächter, Konditoren, Pfefferkuchler, Müller, Braner, Kellner
 am Freitag, den 6. Januar 1893, Nachmittags 4 Uhr, im großen Saale des Herrn Josi, Andreassstraße Nr. 21.
 Tagesordnung: 1. Ursachen und Folgen der Arbeitslosigkeit in der Nahrungsmittel-Industrie. Referent: G. Breitschmer. 2. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 Der Einberufer: E. Mitschow, Saarbrückerstr. 83. 129/2

Fachschule
 der Vereinig. der Maler sämtl. Filialen Berlins.
 Vom 4. Januar eröffnen wir einen zweiten monatlichen Kursus im praktischen Ornamentmalen und -Zeichnen, sowie in der Holz- und Marmor-Malerei.
 Anmeldungen werden während des Unterrichts in der Aula der 97. Gemeindefchule Mariannen-Ufer 1a, entgegengenommen.
 Die Fachschul-Kommission. 211/6

Berlag des „Vorwärts“
 Berliner Volksblatt
 Berlin SW, Beuthstrasse 2.

Folgende Gesetz-Ausgaben unseres Verlages empfehlen wir zur Anschaffung:
Das Vereins- und Versammlungsrecht in Deutschland
 in ausführlichen Erläuterungen zum Preussischen Vereinsgesetz vom 11. März 1850 und einer Uebersicht des Vereins- und Versammlungsrechts nach den reichsgesetzlichen und landesrechtlichen Vorschriften.
 Mit einem Anhange, enthaltend: eine Zusammenstellung des Textes der in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden Bestimmungen über Vereins- und Versammlungsrecht und alphabetischem Sachregister.
 VIII u. 210 Seiten, 8°. Preis elegant geheftet 2,50 M., in braunen Lederband gebunden 3 M.
 Unentbehrlich für die Vorstände der politischen Vereine und Gewerkschaften in allen deutschen Bundesstaaten.

Ferner:
Kranken-Versicherungs-Gesetz
 vom 15. Juni 1883
 in der Fassung der Novelle vom 10. April 1892.
 Mit erläuternden Anmerkungen, einem Anhange, enthaltend: die Ausdehnung der Unfall- und Kranken-Versicherung, die Unfall- und Kranken-Versicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, und das Gesetz über die eingeschriebenen Hilfskassen, und alphabetischem Sachregister.
 Taschenformat. — Eleg. cart. 285 Seiten. — Preis 1,20 M.
 Mit dem 1. Januar 1893 erlangt die Kranken-Versicherungs-Novelle Gesetzeskraft.

Gesetz, betr. die Gewerbegerichte.
 Vom 29. Juli 1890.
 Mit erläuternden Anmerkungen, einer Uebersicht des Inhalts des Gesetzes und alphabetischem Sachregister.
 Taschenformat. — Eleg. cart. 96 Seiten. — Preis 50 Pf.

Gewerbe-Ordnung
 für das Deutsche Reich
 vom 21. Juni 1869
 in der Fassung des Reichs-Gesetzes vom 1. Juli 1883 und unter Berücksichtigung der durch die Gesetze vom 8. Dezember 1884, 23. April 1886, 6. Juli 1887 und 1. Juni 1891 eingeführten Aenderungen.
 Mit erläuternden Anmerkungen und ausführlichem Sachregister.
 Zweite, durch die Ausführungs-Bestimmungen des Bundesraths vermehrte Auflage.
 Taschenformat. — Eleg. cart. 306 Seiten. — Preis 1 M.

Verfassung des Deutschen Reichs
 nebst
 Wahlgesetz für den Reichstag und Wahlreglement.
 Taschenformat. — Eleg. cart. 64 Seiten. — Preis 50 Pf.

Die Invaliditäts- und Altersversicherung der Arbeiter
 nach dem Reichsgesetz vom 22. Juni 1889
 kurz und übersichtlich dargestellt.
 Zum Handgebrauch für alle bei der Ausführung des Gesetzes Theilnehmenden.
 Mit ausführlichem Sachregister und den Uebergangs-Bestimmungen des Gesetzes.
 68 Seiten. — Preis broschirt 25 Pf.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
 Alle Buchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungsdepoteure nehmen Bestellungen entgegen.
 Bei Aufträgen von außerhalb wolle man den Betrag (Porto extra) beifügen.

Zahnarzt Rob. Wolf, Brannonstr. 4 (Rosenth. Th.). Künstl. Zähne u. 2 M. an Plomb. v. 1,50 M. an. Schmerzl. Zahng. u. Reinhg. d. Zähne 1 M. Sprechst. 8-7.

Vom Bergarbeiterstreik.

Wie die „Saale-Zeitung“ wissen will, soll „sicherem Vernehmen nach“ der Minister für Handel und Gewerbe der Saarbrücker Bergwerksdirektion aufgegeben haben, die streikenden Bergleute mit ihren Forderungen auf das entschiedenste zurückzuweisen. Das wäre zwar sehr bedauerlich, aber nicht verwunderlich. Im Reiche der „Sozialreform“ ist man ja an weit Stärkeres gewöhnt. Die Bergleute werden hoffentlich bei den Wahlen hieraus die ihnen allein angemessene Konsequenz ziehen, indem sie nur solchen Kandidaten ihre Stimmen geben, welche dem herrschenden System nicht einen Mann und nicht einen Groschen bewilligen.

Nach der „Allnischen Volks-Ztg.“ fand in Saarbrücken am 3. Januar eine Konferenz des Handelsministers v. Berlepsch mit dem Oberpräsidenten Rasche, dem Regierungspräsidenten von Trier und den beteiligten Landräthen und Bergdirektoren statt. — Allen Maschinenwärtlern sei mitgeteilt worden, daß, wer nicht arbeite, sofort und für immer entlassen werde.

Einem sonst interessanten Artikel der „Münchener Neuesten Nachrichten“ mag die Angabe entnommen sein, daß die sogenannten „Bauern-Bergleute“ am ersten mit in den Streik eingetreten seien, die, da sie aus ihrem landwirtschaftlichen Besitze die nötigen Nahrungsmittel erzüchten, es am ersten einige Wochen anhalten können, ohne zu verdienen.

Das abgefeimteste Kapitalistenblatt, die „Dortmunder Rheinisch-Westf. Ztg.“, will dem Publikum weiß machen, als wenn gerade die „Verständigsten und Wohlmeinendsten“ es an der Zeit fänden, mit dem alten Schmied von Ruhla der Bergwerksdirektion zu empfehlen: Landgraf werde hart!

Die ultramontane Bochumer „Westf. Volks-Ztg.“ bemüht sich, gerechter zu urteilen. „Wir wissen“, sagt sie, „daß in den Bergarbeiterskreisen eine hochgradige Erregung vorhanden ist und geben zu, daß sehr gewichtige Gründe für die täglich größer werdende Unzufriedenheit beigebracht werden können. Da ist, um nur zwei Punkte herauszugreifen, die Knappschäfts-Angelegenheit, welche sich immer ungünstiger für die Bergleute gestaltet, so zwar, daß man trotz der Arbeiterschutzes-Gesetzgebung beinahe von einem Rückschritt gegen früher sprechen kann. Da ist ferner der geringe, vielfach kaum mehr zum Leben ausreichende Verdienst, dessen Höhe in manchen Fällen die im April 1889 gezahlten Löhne nicht mehr erreichen, ohne daß die Kohlenpreise auch nur annähernd auf den früheren Sach hinuntergegangen wären. Wir erkennen diese Uebelstände an und geben den Bergarbeitern Recht, wenn sie über dieselben unzufrieden sind. Sie dürfen aber nicht vergessen, daß endlich der Herr Minister eine nochmalige Prüfung des neuen Knappschäfts-Statuts sich vorbehalten hat, es also noch nicht zu spät ist, ihm die diesbezüglichen Wünsche der Bergleute zur Kenntnis zu bringen. Was die Lohnfrage betrifft, so ist es ja richtig, daß die Löhne zur Zeit recht niedrig sind; diesbezüglich ist jedoch zu bemerken, daß nicht allein die Arbeiter der andern Branchen unter demselben Uebelstande ebenfalls leiden, sondern auch die Handwerker und die übrigen Gewerbetreibenden fast ausnahmslos in bedrückender Lage sich befinden. Es ist eben ein allgemeines Darniederliegen von Handel und Wandel zu verzeichnen, von welchem die Bergleute ebenso, aber nicht wesentlich mehr, als die übrigen Arbeiter berührt werden. Ein Ausstand könnte die Lage nur verschlimmern, darum raten wir den Bergleuten, von etlichen Schreibern sich nicht verleiten zu lassen.“

Die „Frankfurter Zeitung“ meint, die Lage der Streikenden sei so ungünstig wie nur möglich, auch verdiene ihr Vorgehen den Tadel, der ihm von allen Seiten sehr reichlich zuteil geworden, andererseits müsse erwartet werden, daß die Behörden sich des Risikos, die Arbeiter nun einmal recht gründlich die Uebermacht der Gruben fühlen zu lassen, erwehren werden. Königliche Behörden haben doch wohl andere Aufgaben, als sich den Weiseln des Organs der rheinisch-westfälischen Grubenbesitzer zu erwehren. Es muß wiederholt gesagt werden, daß die Beschwerden der Arbeiter durchaus nicht in Wauß und Wogen zu verwerfen, sondern zum Teil sicher berechtigt sind. Die Behörden haben bekanntlich in der letzten Zeit wiederholt Lohnberechnungen veröffentlicht, welche darthun sollten, daß die Bergleute im Saarrevier die höchsten Gehältern in Deutschland seien und daß es, wie das Organ der Grubenverwaltung sich geschmackvoll ausdrückt, „eine Unverschämtheit“ sei, wenn die Arbeiter sich über ihre Löhne beklagen. Abgesehen davon, daß der Werth solcher Lohnangaben ein recht problematischer ist, wenn nicht die Arbeitsleistungen gegenübergestellt werden, ist in der letzten Zeit vielfach von glaubwürdiger Seite über Lohnherabsetzungen berichtet worden, die mitunter sehr erheblich gewesen sein sollen. Das Organ der Verwaltungen thäte gut, hierüber einmal authentischen Aufschluß zu geben. Auch über die Zusammenfassung der Arbeitervereine, von deren Einverständnis mit dem hauptsächlichsten Stein des Anstoßes, der neuen Arbeitsordnung in einem Theil der Presse viel Aufhebens gemacht wird, verlauten eigenthümliche Dinge, denen zufolge man diese Ausschüsse nur mit großer Vorsicht eine Vertretung der Arbeiter nennen dürfte. Manche Bestimmungen der neuen Arbeitsordnung lassen es allerdings auffällig erscheinen, daß Arbeitervertreter aus völlig freien Stücken ihre Zustimmung dazu gegeben haben sollen, so z. B. die von den Streikenden besonders in den Vordergrund gestellte, daß die Arbeiter ihr Gehälte selbst zu liefern haben, ferner, daß Hauer unbeschadet der für ihre Klasse eintretenden Lohnberechnung zur Schlepperarbeit im Nothfalle verwendet werden können u. a. m. Daß die Grubenverwaltung in bezug auf die Hauptforderung der Streikenden, wonach die Arbeitszeit einschließlich statt ausschließlich der Ein- und Ausfahrzeit acht Stunden betragen soll, irgendwie nachgeben werde, ist allerdings durchaus nicht zu erwarten, in diesem Punkte dürfte der Verwaltung die Hände von höherer Stelle aus gebunden sein; dagegen würde sie sich wohl schwerlich etwas vergeblich, wenn sie in anderen, minder wichtigen Punkten die Arbeitsordnung einer Revision unterzöge und sich dabei von jenem arbeiterfreundlichen Geiste leiten ließe, der den Herrn Minister Berlepsch bei der Ausarbeitung der Berggesetznovelle und auch noch bei deren Beratung im Abgeordnetenhaus so lange besetzte, bis in ihm jene vielbesprochene wunderbare Wendung sich vollzog, an der in erster Linie die rheinisch-westfälischen Grubenagenten ihr großes Wohlgefallen hatten.“

Eine im jottwölften preussischen Beamtendeutsch abgefaßte Depesche des Wolffschen Büreaus hat folgenden Wortlaut: Saarbrücken, 3. Januar. Seit gestern wird in sämtlichen Gruben nur auf einer um 8 Uhr früh beginnenden und Nachmittags 4 Uhr schließenden Schicht gearbeitet, damit die zur Arbeit ansahrenden Arbeiter besser geschäft werden können. — Die Zahl der Streikenden beläuft sich nach den letzten Nachrichten auf 23—24 000.

Die Forderungen der Bergarbeiter, welche sie in der großen Versammlung auf dem Bildstock aufstellten, und über welche die Bergbehörde es abgelehnt hat zu unterhandeln, lauten: § 1. Achtstündige Schichtdauer für sämtliche Arbeiter unter Tage und sämtliche dem Förderbetriebe angehörige Arbeiter. (Einschließlich Ein- und Ausfahrt.) — § 3. Normalgebingsätze (das heißt ein festes Gebdinge), wo nicht nach Billür abgebrochen werden kann;

in dieser Zeit und mit diesen Normalgebingsätzen soll dann, nach Mittelkraft betrachtet, der Bergmann (Hauer) im Afford 4,50 M. verdienen. — § 4. Hauer unter und über Tage, was in Schichtlohn arbeitet, soll 3,50 M. verdienen. Zimmerbauer, Verbauer, sowie sie nicht in Afford arbeiten, Schichtlohn von 3,80 M. — § 5. Schlepper sollen auf die Dauer von 3 Jahren 4 Schichten abgesetzt bekommen, d. h. ein Sechstel der Schicht soll ihnen weniger angerechnet werden, als dem Hauer. Schlepper unter und über Tage im Schichtlohn, das heißt: Abzieher, Dremsler, Pferdeknichte, Bergeverfeger, Schlemmer u. s. w. im ersten Jahre 2,20 M., im zweiten Jahre 2,50 M. und im dritten Jahre 2,70 M. — § 6. Pferdeknichte sind angelegte Bergleute, das heißt, können weder von einem Uebernehmer an- und abgelegt werden, respektive bezahlt oder gestraft werden; sie dürfen nicht vor und nach der Schicht Arbeiten verrichten, ohne Extra-Vergütung. — § 8. Die Bergmannskinder müssen vor den übrigen angelegt werden, der Reihenfolge nach. — § 9. Alle Bergarbeiter und Kameraden, die seit dem Streik 1889 eine zweite Strafe (Ablegungsstrafe) erlitten haben, sollen wieder angelegt werden. — § 10. Wir verlangen ein Schiedsgericht, das in allen Schäden in und auf der Grube mitzusprechen und an der Festsetzung der Normalgröße der Gebdinge mitzusprechen und zu berathen hat. Das Schiedsgericht darf nur von den Bergleuten gewählt werden; die Wahl muß aber unbeschränkt sein. — § 12. In unverschuldeten Fällen dürfen keine Strafen erfolgen, das heißt: wenn ein Arbeiter Schichten steuern muß, soll ihm vor allen Dingen Urlaub gewährt werden, jedoch bleiben die Wohnheißsummler nicht von Strafen ausgeschlossen; die Strafe darf aber den Schichtlohn nicht übersteigen. — § 13. Wir wünschen, daß ein Strafreglement für die Beamten, welche Arbeiter mißhandeln oder schlagen, in die Arbeitsordnung aufgenommen wird. — § 15. Verlängerung der Arbeitszeit für die Arbeiter über Tage: zehnstündige Schichtdauer mit Morgens von 8 bis 9 1/2 Uhr und Mittags von 12—1 Uhr Ruhepause. — § 16. Arbeiter, welche in Afford arbeiten, sollen 4 M. und darüber verdienen können. Für die Schichtlohn, was Hauer sind, verlangen wir 3,50 M. pro Schicht. Für Schlepper verlangen wir 2,70 M. pro Schicht. — § 18. Im Maschinenbetrieb verlangen die Arbeiter achtstündige Schichtdauer. — § 19 enthält weitere Lohnforderungen für Maschinenwärter u. c. — § 20. Für Schmiede, Schlosser resp. Maurer verlangen wir eine zehnstündige Schichtdauer mit einer Ruhepause von Morgens 8 bis 9 1/2 und Mittags von 12 bis 1 Uhr. — § 22. Art. 1. Beim Anlegen der Arbeiter verlangen wir 2,50 M. pro Schicht, soll steigen bei dreijähriger Arbeitszeit bis zu 3 M., von 3 bis 6 Jahren 3,50 M., von 6 bis 10 Jahren 3,80 M., von 10 Jahren und darüber 4 M. Im Gebdinge verlangen wir, nach Mittelkraft betrachtet, 4,50 M. zu verdienen. — § 23. Art. 1. Die Arbeiter sollen auf ihren Wunsch in die Grube verlegt werden können.

Das sind die „umstürzlerischen“ Forderungen der Arbeiter, hinter denen die „Kreuz-Zeitung“ den Anarchismus wittert und gegen deren Vertretung der Bischof Rorum in einem Extra-Direktbrief wettert. Arbeiter, welche vor Mißhandlungen und Schlägen durch ihre Sorgesehe geschützt sein wollen, gegen solche „Revolutionäre“ muß neben der irdischen freilich auch die gescheiterte und konfuzierte Gendarmerei ins Treffen geführt werden.

Schönfärberei. Das alte Spiel, den Arbeitern Löhne auszulassen, welche diese niemals erhalten haben oder welche, selbst wenn sie einmal bezahlt werden, eben nur vereinzelt vorkommen, wird jetzt, aus Anlaß des Streiks im Saarrevier wieder gespielt. Während die Arbeiter an der Spitze ihrer Forderungen für die Hauer einen Schichtlohn von 4,50 M. fordern, veröffentlicht die Blätter jetzt untenstehende Aufstellung, aus der sich ergeben soll, daß die große Mehrzahl der Hauer bisher schon mehr verdient, als diese in ihren Forderungen verlangen. Darnach müßte man also annehmen, daß die Bergleute nur aus purem Uebermuth die Arbeit niedergelegt haben, oder daß sie selbst nicht wüßten, was sie wollten. Wir denken, dies genügt, um den Werth der nachstehenden Aufstellung, den die Bergbehörde in die „Alln. Ztg.“ lanciert hat, gebührend zu schätzen. Die Aufstellung lautet:

Für den Monat Oktober, den letzten, für welchen die genaueren Berechnungen schon abgeschlossen sind, betragen die Durchschnittslöhne für die 16 000 Hauer 4,55 M. für die Schicht, für die 30 000 Mann Gesamtbevölkerung einschließlich der Schlepper und Jungen 3,90 M. für die Schicht.

Von den 15 819 Hauern haben verdient			
zwischen 2,80 M. und 2,80 M.	8 Mann	oder	0,02 pCt.
2,80	3,00	17	0,11
3,00	3,40	165	1,04
3,40	4,00	1 477	9,34
4,00	5,00	11 928	75,40
5,00	darüber	2 229	14,09

15 819 Mann oder 100,00 pCt., also nur 10,51 pCt. der Hauer verdienen unter 4 M., 14,09 über 5 M. und 75,40 pCt., also über drei Viertel sämmtlicher Hauer, zwischen 4 und 5 M.

Der alte Schwindel. In der „National-Zeitung“ lesen wir: „Danon, daß die Bergbehörde in Unterhandlungen irgend welcher Art mit dem sozialdemokratischen Vorstand des „Rechtsschutzvereines“ eintritt, kann keine Rede sein; darüber sind sich auch die Führer vollständig im Klaren gewesen.“

Das ist der alte Schwindel, dem wir jedesmal begegnen, sobald den Unternehmern zugemuthet wird, mit den Arbeitern zu unterhandeln. Unter den Mitgliedern des Rechtsschutzvereines befindet sich nicht eines, das nicht von Haus aus Bergarbeiter gewesen wäre. Daß sie es heute nicht mehr sind, hat seinen Grund nur darin, daß sämmtliche von den Gruben abgelegt wurden, weil sie von ihren Kollegen mit der Wahrung ihrer Interessen betraut waren.

Das gleiche Schicksal droht jedem Bergmann, sobald er sich wählen ließe, um für seine Kollegen mit den Bergbehörden zu unterhandeln. Den Arbeitern bleibt also gar keine andere Wahl, als sich durch bereits gemahregelte Kollegen vertreten zu lassen. Aus dieser Zwangslage aber den Anlaß herguleiten, daß man mit diesen Arbeiter-Vertretern nicht verhandeln will, ist einfach eine heuchlerische Umschreibung der brutalen Herrschaft des Kapitals, welches im Arbeiter nur den willenlosen Sklaven sieht, welcher, bei Gefahr des Verhungerns, zu schweigen und zu gehorchen hat. Eine lausliche Lüge ist es auch, von einem „sozialdemokratischen Vorstand“ zu reden. Der Vorstand des Rechtsschutzvereines hat nicht drei Mann in seiner Mitte, welche sich zu unserer Partei bekennen. Allerdings aber hoffen wir, daß die Art, wie die Arbeiter des Saarreviers auch jetzt wieder von allen Seiten, denen sie bisher Vertrauen entgegenbrachten, behandelt werden, ihnen die Augen öffnen und sie zu der einzigen Partei führen wird, wo sie schon längst hingehört hätten: zur Sozialdemokratie.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt an der Spitze ihrer heutigen Abendnummer einen Dithyrambus auf die sogenannte Arbeiterschutzes-Gesetzgebung, die nur den einzigen Fehler habe, daß sie, wie zahlreiche und gewichtige Stimmen schon vor dem Streik verlauten ließen, zu weit gegangen sei. Zu weit natürlich nicht in der Bedrückung der Arbeiter, sondern in der Arbeiterfreundlichkeit. Die Arbeiter fühlten sich nach dem offiziellen Sprachrohr unter der Ueberfülle des Segens, den die Sozialreform auf sie herabgeschossen hat, vor

allem in den staatlichen Betrieben, deren Eigenschaft als Musteranstalten von allen unbefangenen Seiten anerkannt wird“, eben derartig wohl, daß sie in ihrem Uebermuth anders keinen Rath wußten, als zu streiken. Nun, mit dem offiziiösen Organ kann man bekanntlich über derartige Dinge nicht diskutieren, man hat da eben einfach die Pflicht, dessen ungeheure Trivialitäten gebührend festzunageln.

Kommunales.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 5. Januar d. J., Nachmittags 5 Uhr. Wahl des Vorstehers und des Stellvertreters, desgl. von drei Beisitzern und drei Stellvertretern derselben. — Verlosung der Mitglieder in die Abtheilungen. — Beschlußfassung darüber, an welchem Tage und zu welcher Stunde die ordentlichen Sitzungen der Versammlung im Jahre 1893 stattfinden sollen. — desgl. über die Neuwahl des Ausschusses für die Wahlen von unbesoldeten Gemeindebeamten, des Ausschusses zur Begutachtung der Vorlagen wegen Anstellung, bezw. Pensionierung von besoldeten Gemeindebeamten und Lehrern und des Ausschusses für Petitionen. — desgl. über die nach § 17 der Geschäftsordnung etwa sonst noch zu wählenden Ausschüsse. — desgl. in bezug auf die Zuteilung der Stadtbezirke an die Mitglieder der Versammlung bezug der Ausführung von Recherchen u. c. — desgl. über die Neuwahl derjenigen Ausschüsse, welche im Jahre 1892 zur Vorberathung einzelner Gegenstände ernannt, den ihnen erteilten Auftrag noch nicht erledigt haben. — desgl. darüber, welche Gegenstände im laufenden Geschäftsjahre an das Ende der Tagesordnung zu bringen sind. — Anträge von Mitgliedern der Versammlung betr. die für die Vororte von Berlin erlassene Bau-Polizei-Ordnung, sowie die Festsetzung von Sanftschritten für die Verlängerung der Kaiser-Wilhelmstraße. — Nachtragsvorlage, betr. das zwischen den Stadtgemeinden Berlin und Charlottenburg zu treffende Abkommen. — Vorlage, betr. die Ueberschreitung der für die Einrichtung von Rentenfürsorgeämtern in Blankenfelde vorhandenen Mittel. — desgl., betreffend die Festsetzung des Feuerlastenbeitrages pro 1. Oktober 1891/92. — desgl., betr. die Erwerbung der zur linksseitigen Spreuerstraße zwischen Jannowitz- und Schillingstraße erforderlichen Grundstücke. — zwei Unterstufungssachen.

Lokales.

Eigenthümlich ist es, in welcher Weise der Magistrat Bekannmachungen erläßt. Schon bei Gelegenheit der Bekanntgabe des Termins zur Eintragung in die Wählerlisten für die Gewerbe-Gewerbetreibenden gab der Magistrat genau einen Tag vor dem Beginn der Eintragung den Termin den Wahlberechtigten bekannt. Es wurde damals schon bittere Klage darüber geführt, daß diese ganze Sache so überraschend und unpropädisch den Berliner Arbeitern über den Hals kam. Jetzt, bei der Kontrolle der Wählerlisten, beobachtet Magistrat genau dieselbe Praxis. Von gestern, also vom 3. Januar ab, findet die Kontrolle der Wählerlisten statt und gestern wurden die in die Wählerlisten Eingetragenen durch Säulenanschlag benachrichtigt, daß vom 3. Januar ab die Kontrolle der Wählerlisten stattfindet. Auf Grund des § 13 des Ortsstatuts ist jeder Arbeiter, welcher sich in die Wählerlisten eintragen ließ, berechtigt, in der Zeit vom 3. bis einschließlich 9. Januar, und zwar an den Wochentagen von Abends 5—8 Uhr, an Sonntagen von Mittags 12—3 Uhr zu kontrollieren. Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerlisten sind bis zum 9. Januar geltend zu machen.

Die Kontrolle selbst findet in folgenden Lokalen statt:

1. Für die Wahlbez. 1—4 (Stadtbez. 1—2, 23—25) im Wahlbureau Poststr. 16. Außerdem liegen daselbst für alle Stadtbezirke (1—326) die Listen aus.
2. Für die Wahlbez. 5—11 (Stadtbez. 21, 26—76) Gemeindegemeinschaft, Tempelhofer Ufer 2 (Turnhalle).
3. Für die Wahlbez. 17—21 (Stadtbez. 114—144) Gemeindegemeinschaft, Schmidstr. 33 (Turnhalle).
4. Für die Wahlbez. 12—16 (Stadtbez. 79—113) Gemeindegemeinschaft, Stalderstr. 55/56 (Turnhalle).
5. Für die Wahlbez. 22—29 (Stadtbez. 145—201) Gemeindegemeinschaft, Straußbergerstr. 9 (Turnhalle).
6. Für die Wahlbez. 30—34 (Stadtbez. 202—215, 218—228, 255—259, 265—269) Gemeindegemeinschaft, Gipsstr. 23 a (Turnhalle).
7. Für die Wahlbez. 35—37 (Stadtbez. 229—254, 260—264) Gemeindegemeinschaft, Kastanien-Allee 62 (Turnhalle).
8. Für die Wahlbez. 38, 41, 42 (Stadtbez. 270—278, 305 bis 326) Gemeindegemeinschaft, Panikstr. 7/8 (Turnhalle).
9. Für die Wahlbez. 39, 40 (Stadtbez. 216, 217, 279—304) Gemeindegemeinschaft, Thurmstr. 86, Turnhalle.

In seiner alles umfassenden Fürsorge hielt es der Magistrat auch für überflüssig, den Zeitungen von dem Vorstehenden irgend eine Mittheilung zugehen zu lassen, auch das Gemeindeblatt schwebte sich mit eisiger Reserve über das hier oben Gesagte aus, so daß dem Neugierigen, der Interesse an der Sache hatte, nichts übrig blieb, als sich die Angaben von den öffentlichen Anschlagtafeln abzuschreiben. Was wir hiermit zu Ruh und Frommen unserer Leser gethan haben.

Das Sparsystem der Staatsbahnen. Die „Post“ erhält nachstehende Mittheilung und die „Volks-Zeitung“ druckt sie ruhig nach: Von den Reisenden, welche auf der Linie Berlin-Breslau-Oderberg verkehren, hört man seit längerer Zeit Klagen über den mangelhaften Zustand, in welchem ein Schlafwagen sich befindet, der in dem Nachkurierzuge auf dieser Strecke läuft. Wer das Unglück hat, in einer gewissen Abtheilung 1. Klasse untergebracht zu werden, kann sicher sein, eine schlaflose Nacht zu verbringen, denn unter seiner Kopfkante erhebt sich der Abfahrts des Zuges ein Stöhnen und Poltern, das jeden Schlummer verschneht. Die typische Antwort auf Beschwerden bei dem Zugpersonal lautet: „Ja, das ist die Bremse!“ und damit wird der klagende Fahrgast zur Ruhe verwiesen. Am 28. Dezember erreichte dieser verurtheilte Schlafwagen von Berlin aus nur die Station Frankfurt a. O. Dort konnte er nicht mehr weiter und die Reisenden mußten um Mitternacht in der eisigen Winterkälte hinaus in einen anderen Wagon. Zum Umsteigen wurde den aus dem ersten Schlafe Aufgeschreckten nur die knappe Zeit gewährt und mit Abfahrt des Zuges gedroht, wenn sie nicht rasch umstiegen. Als Trost erwehren sie noch, daß auf beiden vorangehenden Fahrten derselbe Schlafwagen nicht einmal bis Frankfurt gelangt sei, sondern schon in Fürstentwalde seinen Lauf einstellen mußte.

Die Qualen der Nachtfahrt waren damit aber noch nicht erschöpft. Der neue Wagen, in den die bellagenden Reisenden eingewängt wurden, erwies sich von so bejammernswerther Beschaffenheit, daß sie glücklich waren, als auch dieser in Kohnfurt

nicht mehr weiter konnte und wiederum um 8 Uhr Nacht in Wagenwechsel befohlen wurde.

Das Sparsystem, welches auf den Staatsbahnen zur Zeit im Schwange ist, treibt doch wunderbare Blüthen, und der Niedergang des Verkehrs kann wahrhaftig nicht mehr Wunder nehmen. Ist es nicht auch geradezu unglücklich, daß die am 13. Juli unter dem Orient-Expresse zum Theil eingebrochene Reife-Brücke bei Löwen zwischen Tages noch nicht wieder hergestellt ist und dort auf einem hohen Damme an der gefährlichsten Stelle, welche die obersteleische Hauptbahn aufzuweisen hat, nur ein Gleis fahrbar ist und über doppelte Weichen die Züge, welche das andere Gleis benutzen, hinüber geleitet werden müssen?

Wie gefährlich ein solcher Gleiswechsel auf hohem Damme und über eine halb zerstörte Brücke aber ist, braucht nicht dargelegt zu werden, dennoch dauert dieser jämmerliche Zustand nun ein halbes Jahr. Das „Sparen“ an dem Holzgerüste dieser Brücke, welches mit einigen Laufend Mark erneut werden konnte, aber für ausreichend noch auf ein Jahr befunden wurde, rächt sich durch einen Schaden, der nach Hunderttausenden zu bemessen sein dürfte. Die alte Lehre, daß Sparen am unrechten Orte die unwirtschaftlichste und verschwendlichste Maßregel ist, drängt sich mit vollster Schärfe bei diesen Vorgängen auf. F. R. zu H.

Die Nothwendigkeit des Neubaus der Brücke können wir nicht beurtheilen — aber die eine Frage möchten wir uns gestatten: Wenn derartige Dinge schon am grünen Holz der ersten Klasse und der Schlafwagen vorkommen, was soll dann an den dünnen Flecken der vierten Wagenklasse erst geschehen! Die Aufschrift an unseren Eisenbahnwaggons klingt doch zu schön: „40 Mann oder 6 Pferde!“

Der Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Strödel hat an die Stadtverordneten-Versammlung ein Schreiben gerichtet, in welchem er für das ihm als Vorsteher der Versammlung bewiesene Vertrauen dankt und zugleich ihr die Mittheilung macht, daß er unter den obwaltenden Umständen sich nicht in der Lage befindet, falls seine Wiederwahl beabsichtigt werde, dieselbe anzunehmen. — Herr Strödel hätte sich die Mühe des Schreibens sparen können — so sehr wird sich selbst die Berliner Stadtvertretung nicht blamiren, um Herrn Strödel wieder zum Stadtverordneten-Vorsteher zu wählen.

Der „Reichsbote“ hat sich eine eigene Druckerei zugelegt, was er an der Spitze des Blattes folgendermaßen kund und zu wissen thut: „Unseren Lesern können wir mit Dank gegen unseren gnädigen Gott, dem wir dienen, die freudige Mittheilung machen, daß es uns unter seinem Segen gelungen ist, für den Reichsboten“ in bester Stadigegegend — Tessauerstr. 37 — ohne jede fremde Hilfe oder Unterstützung ein eigenes Heim zu erwerben und auf eigenem Grundstücke eine in allen Theilen völlig neue Druckerei mit neuen Maschinen und Schriften zu errichten, welche mit dem heutigen Tage in Betrieb gesetzt ist. Möge Gottes Segen auch fernherhin auf unserer Arbeit ruhen. — Da wir auch andere Sachen drucken, so bitten wir unsere verehrten Leser, uns im gegebenen Falle mit Druckaufträgen versehen zu wollen, die stets prompt, gut und zu soliden Preisen ausgeführt werden. Die Redaktion.“

Sobald das Geld im Kasten klinget,
Die Seele in den Himmel springt!

Arbeiter werden nicht angenommen. Bei der zur Winterzeit naturgemäß erhöhten Arbeitslosigkeit im Baugewerbe und der allgemein herrschenden Arbeitsnoth findet erklärlicherweise eine sehr starke Nachfrage nach Arbeit durch Arbeitssuchende auf öffentlichen Bauplätzen statt, auf denen auch während des Winters gearbeitet wird. Zur Abwehr des massenhaften Angebotes unanstellbarer Arbeitskräfte dient jetzt allgemein ein ziemlich drastisches Mittel. Auf Bauplätzen, Thüren u. dergleichen Arbeitsplätze findet man vielfach in primitiver Weise mit Kreide geschriebene den kurzen Vermerk: Arbeiter werden nicht angenommen! An anderen Stellen ist wieder ein Blatt weißes Papier angeheftet, welches in ungelentigen Schriftzügen die omdrehte Inschrift trägt: Arbeiter werden nicht angenommen! Jetzt hat bereits die Industrie sich dieses Umstandes bemächtigt und faubere, weiß lackirte Blechtafeln bekannter Art auf den Markt gebracht, welche in schwarzem Druck silblos verkünden: Arbeiter werden nicht angenommen! Ein derartiges Schild hat man beispielsweise an dem Jungenge zu dem Dombauwerke zu bewundern Gelegenheit. Bei der permanenten Arbeitsnoth dürften derartige Schilder bald ein recht gangbarer Artikel werden. — Aber einen Nothstand giebt es nicht.

Die Wurfhändler Berlins, die Nacht verspäteten Schwärmen ihr „Warm sind sie noch“ entgegenrufen, haben sich ebenfalls eine Art von Organisation geschaffen. Sie wollen nicht mehr unter dem schwarzen Verdacht stehen, daß der Inhalt ihrer Labiale etwa mit Hühnägeln oder Hundemarken vermischt sei, und begiehn jetzt ihre Wurfte von einem Fleischermeister, bei welchem sie Garantie für Lieferung reeller Waare zu haben glauben. An ihrem Kasten tragen sie ein Schild, welches lautet: „Mitglied des Vereins der Wurfhändler Berlins — Verkauf reeller Wurfte aus Rind- und Schweinefleisch.“ — Also, „warm sind sie noch!“

In der Straffache gegen den Kaufmann Leo Cohn wegen versuchter Verführung einer hiesigen Köchin ist vorgestern noch eine zweite Verurteilung erfolgt. Es handelt sich um die mehrfach erwähnte vergiftete Lortz, als deren Abfender der Kaufmann Cohn aus Stettin ermittelt worden war. Die hiesige Kriminalpolizei hatte nun die vertrauliche Mittheilung erhalten, daß ein Vetter des verhafteten Cohn, der 18jährige Schneider Laib Wolff bei dem Verbrechen theilhaftig sei und daß dessen Familienplane, den Mitschuldigen ins Ausland zu schaffen. Man schenkte daher den Reifen Wolffs die entsprechende Aufmerksamkeit und nahm ihn fest, als er gestern Berlin passieren wollte, um nach Rotterdam zu fahren. Laib Wolff kann eine Theilnahme bei der Affäre zwar nicht in Abrede stellen, doch behauptet er, daß seine Mitwirkung unschuldiger Natur sei. Er habe, wie er erzählt, im Auftrage seines Veters Leo Cohn bei einem Kreditoren in Stettin die Geburtsstättorte für 2 M. gekauft und auch eine runde Schachtel für ihre Verpackung bezogen. In der Schachtel habe er dann die Lortz dem Cohn übergeben, sie aber nach einigen Tagen von diesem wieder bekommen und in dessen Auftrag noch nach Altdamm mitgenommen, als Geschäfte ihn dorthin geführt hätten. In Altdamm habe er die Schachtel mit der Lortz auf die Post gegeben, an wen aber die Sendung gerichtet gewesen sei, wisse er nicht, da er deutsch nicht lesen könne.

Ueber umfangreiche Diebstähle auf dem Bahnhof Tempelhof theilt ein Gerichts-Berichterstatter folgendes mit: Die ersten größeren Diebstähle wurden im Februar und März des vergangenen Jahres bemerkt, in dem ersten genannten Monate waren es diverse Ballen Luche, im zweiten Monat große Kisten Zigarren. Alsdann wiederholten sich die Diebstähle in kurzer Reihenfolge und häufig wurden Frachtgüter vermißt, von denen eigentlich außer ganz speziellen Interressenten niemand Gebrauch machen konnte, wie Effingitter, Wagenrollen und Achsen u. dergleichen. Es war eine Zeit der höchsten Anruhe für die Beamten. Die Vorsteher der Stationen „Ringbahn-Tempelhof“ und „Kangirbahnhof-Anhalter-Bahn“ beichtigten ihr Personal gegenseitig, aber trotz der größten Nachsicht war kein Dieb zu ermitteln. Jetzt ist das Räthsel gelöst. Die von einer Bahn zur anderen überzuführenden Güterwagen halten auf dem Anhalter Kangirbahnhofs häufig an einer ganz finsternen Stelle hinter einem auf der Schöneberger Feldmark liegenden Maschinenstuppen. Hier konnte der Dieb, als welcher der Rangirmeister Cichon ermittelt wurde, mit Hilfe seiner Komplizen, die er zweifelslos gehabt haben muß, unbehelligt die Diebstähle ausführen. Der Verdacht lenkte sich auf Cichon, als dieser und seine Frau im Dezember Winterkleider zu tragen begannen, deren Stoffe den Proben glichen, welche sich die Eisen-

bahnverwaltung von den Tuchern erschafft hatte, von denen ein Theil gestohlen worden. Als die Staatsanwaltschaft endlich die Erlaubnis zur Vornahme einer Hausdurchsuchung gab, wurde bei Cichon und seinem Schwiegervater Seiffert, der sich im Augenblicke der Hausdurchsuchung befand, ein ausgebeutetes Lager von Waaren der verschiedensten Art gefunden. Außerdem fanden sich im Besitz des Cichon zahlreiche Dietriche und zwei große Schlüsselschilde. Das eine dieser Schlüsselschilde, das nach dem Glanze der Schlüsselschlüssel, regelmäßig im Gebrauch gewesen sein muß, enthält Kohlen- und Kassettschlüssel von allen Größen und Formen, in einfacher wie in kunstreichster Ausführung, wodurch der Verdacht auch noch nach einer anderen Richtung gelenkt worden ist. Häufig sind der Bahnverwaltung Klagen zugegangen, daß Koffer, welche der Bahn zur Beförderung übergeben und anscheinend völlig unverändert an den Adressaten gelangt sind, der darin enthaltenen Werthschäden betraut waren, während minderwertiger Inhalt an der Hand gefunden wurde. Die Untersuchung dürfte sich sehr umfangreich gestalten, namentlich wenn es gelingt, auch die Komplizen zu ermitteln, was in diesem Augenblicke vielleicht schon geschehen sein dürfte.

Sechzehn Mal ist die Feuerwehre seit vorgestern Nachmittag alarmirt worden. Größere Gefahren lagen nur an zwei Stellen vor. In der Koglerstraße 3 war vorgestern Abend ein größerer Dachstuhlbrand zu löschen. In der Laubensfr. 36 entstand gestern früh um 5 Uhr ein Feuer im zweiten Stock, das sich durch den auch hier wieder so verderblichen Lichtschacht bis zu dem zwei Stock höher liegenden Dachgeschoß ausbreitete.

Selbstmord im Polizeigefängniß am Alexanderplatz. Unter dem Verdacht des schweren Diebstahls war der Lindenstraße 88 in Wohnung gewesene Schuhmachermeister Adolph Köppen am Montag durch die Polizei verhaftet worden, um in das Untersuchungsgefängniß übergeführt zu werden. In der vorigen Nacht ist es ihm gelungen, sich zu entziehen; man fand ihn früh in seiner Zelle erhängt als Leiche vor. Zu der Angelegenheit erfahren wir weiter, daß Köppen einer Verbrecherfamilie angehört und verurtheilt ist. Im Herbst v. J. wurde bei dem Händler S. in der Rathhausstraße Leder im Werthe von 1800 M. und in der Nacht zum 18. v. M. im Geschäft von D. in der Propststraße mehrere Ballen mit Rips und Nohleder im Werthe von 2000 M. unter Anwendung falscher Schlüssel gestohlen. Vorgestern erzählte ein Schuhmacher L. auf der Schuhmacherbörse, daß ihm zu auffallend niedrigen Preise Leder durch Köppen angeboten sei. Das Polizeiviertel erhielt Mittheilung, nahm eine Durchsuchung bei Köppen vor und fand im Keller eine Menge Leder, das Köppen von einem Unbekannten gekauft haben wollte. Er wurde festgenommen. Bei seiner Vernehmung versuchte er einen Fittler zu verschlucken, auf dem Kleintischen stand. Dies gelang nur zum Theil, ein Theil wurde ihm entzissen. Als gestern der Gefangenewart in die Zelle kam, fand er die Leiche schon erkaltet.

Gasexplosion. In dem Hause Friedenstr. 79 befindet sich zu ebener Erde das Konfektionsgeschäft von M. Lewin; darüber im ersten Stock liegt die Kunsthandlung von Hanskögel. In dem L-förmigen Laden war vor einiger Zeit das Gaslicht durch elektrisches ersetzt worden. Dabei scheint man es unterlassen zu haben, das abgechnittene Gasrohr mittels eines Stöpsels zu verschließen. Gestern hatte man in dem Geschäft eine Gasflamme nötig und öffnete den noch vorhandenen Gasmeßer. Auf diese Weise drang das Gas durch das nicht abgeschlossene Rohr in die von innen geschlossenen Schaufenster. Wie hier die Entzündung bewirkt worden ist, steht noch nicht fest. Gegen 5 Uhr Nachmittags stiegen plötzlich beide Spiegelscheiben unter fürchterlichem Strachen auf die Straße. Ob Vorübergehende durch unbeschädigt worden ist, steht noch nicht fest. Gegen 5 Uhr Nachmittags stiegen plötzlich beide Spiegelscheiben unter fürchterlichem Strachen auf die Straße. Ob Vorübergehende durch unbeschädigt worden ist, steht noch nicht fest. Im Geschäft hat niemand Schaden erlitten. Infolge des gewaltigen Aufstodes zerbrach auch eine Fensterscheibe in dem Kunstladen des ersten Stockes, und eine Anzahl aufgestellter Bilder fielen in den inneren Raum. Die Feuerwehre war am Platze.

Neujahrsschiffe. Die Neujahrsschiffe hat, so ruhig sie im Allgemeinen auch verlaufen ist, doch die und da ihre kleinen und größeren „Knalleffekte“ gehabt. Die oft verpönten Schießbelustigungen haben in einigen Fällen sehr schlimme Folgen gehabt. Der Gießer Fischer, Waldemarstr. 63, wollte einen Feuerschuß in die Nacht hinausfeuern. Gerade als er das Fenster seiner im dritten Stock belegenen Wohnung öffnen wollte, entlud sich sein Revolver und die Kugel ging dem Neujahrsschützen in den kleinen Finger. Fischer mußte die Sanitätswache aufsuchen, wo ein Arzt das Geschöß durch einen operativen Eingriff entfernte. — Ein zweiter Unglücksfall ereignete sich, wie uns mitgeteilt wird, in der Großen Frankfurterstraße 120. Dasselbst schoß der Sohn des Dr. Regen aus dem Fenster, der Revolver platze und verwundete den jungen Mann so schwer am Arm, daß eine Amputation wahrscheinlich notwendig sein wird. — Ein dritter Vorgang, der schlimmere Folgen hatte, ereignete sich in Porphyrheim in derselben Nacht. Ein Goldarbeiter wurde in die Stirn getroffen und blieb todt, der Polizeimeister Daas erhielt einen Schuß in den Schenkel.

Marktpreise in Berlin am 2. Januar, nach Ermittlungen des Polizeipräsidenten. Weizen per 100 Kg. guter von 15,50—15,10 M., mittlerer von 15,00—14,70 M., geringer von 14,60—14,20 M. Roggen per 100 Kg. guter von 13,40—13,10 M., mittlerer von 13,00—12,80 M., geringerer von 12,70—12,50 M. Gerste per 100 Kg. gute von 16,50—15,50 M., mittlere von 15,40—14,50 M., geringe von 14,40—13,50 M. Hafer per 100 Kg. guter von 15,80—15,10 M., mittlerer von 15,00—14,30 M., geringer von 14,20—13,50 M. Stroh, Nicht per 100 Kg. von —, Mark. Heu per 100 Kg. von —, Mark. Erbsen per 100 Kg. von 40,00—25,00 M. Speisebohnen, weiße per 100 Kg. von 50,00—20,00 M. Linsen per 100 Kg. von 80,00 bis 30,00 M. Kartoffeln per 100 Kg. von 6,00—4,00 M. Rindfleisch von der Reule per 1 Kg. von 1,80—1,10 M. Bauchfleisch per 1 Kg. von 1,40—0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,50—1,10 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60—0,90 M. Hammelfleisch per 1 Kg. von 1,50—0,90 M. Butter per 1 Kg. von 2,80 bis 1,80 M. Eier per 60 Stück von 6,00—3,00 M. Fische per 1 Kg.: Karpfen von 2,40—1,20 M. Kafe von 2,80—1,20 M. Zander von 2,40—0,80 M. Hechte von 1,80—1,00 M. Barsche von 1,80—0,70 M. Schleie von 2,40—1,00 M. Biele von 1,40 bis 0,80 M. Kerbse per 60 Stück von 8,00—2,00 M.

Polizeibericht. Am 1. d. M. fiel ein Tischler auf dem Hofe des Grundstücks Friedenstr. 54 infolge der Glätte zur Erde und brach den Unterschenkel, sodas er nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht werden mußte. — In gleicher Weise verunglückte in der Nacht zum 2. d. M. an der Ecke der Willibald-Meier- und Heimstraße ein Herr; er erlitt einen Bruch des Fußgelenks. — Am 2. d. M. Nachmittags, verfuhr ein Reichmann, sich in einer Droschke während der Fahrt am Engel-Afer zu erschöpfen. Die Kugel drang in die Schläfe und verletzte ihn so schwer, daß seine Ueberführung nach dem Krankenhause Beinhatten erforderlich wurde. — Vor dem Hause Friedrichstr. 200 fiel Abends ein unbekannter junger Mann zur Erde und erlitt eine bedeutende Verletzung am Hinterkopfe, sodas er bewußtlos liegen blieb. Er wurde nach der Charite gebracht. — Am 2. d. M. und in der darauffolgenden Nacht fanden 16 Brände statt.

Gerechts-Beifung:
Die Segnungen des Neuen Jahres bleiben auch unsern neuesten Landesleuten nicht erspart. Aus Altona wird nämlich berichtet, daß sich am 29. Dezember zum ersten Male eine Helgo-

länderin wegen Majestätsbeleidigung, und zwar die auf dem meersümlungen Eiland wohnende Ehefrau Friederike Adolfine Oeserine Marie Wichers, geb. Hindermann, vor der Strafkammer des Landgerichts I zu Altona zu verantworten hatte. Die Angeklagte hat, als sie wegen rückständiger Miete angefaßt werden sollte, getobt und geschimpft und soll bei dieser Gelegenheit unehrerbietige Neuerungen über den deutschen Kaiser gethan haben. Trotz ihres hartnäckigen Leugnens wurde die Helgoländerin für überführt erachtet und wegen Majestätsbeleidigung zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten verurtheilt. — Durch derartige Vorkommnisse wird die Liebe zu Kaiser und Reich auf dem rothen Eiland wahrscheinlich ihren Höhepunkt erreichen. Merkwürdig wäre es übrigens, wenn ein Weiser einmal die Beurtheilungen wegen Majestätsbeleidigungen, die unter dem englischen Regime stattfanden, zusammenstellen würde, um sie mit dem einen deutschen Fall zu vergleichen. In den fünfundsiebzig Jahren englischer Verwaltung kam kein Fall vor, in zwei Jahren deutschen Regiments blickt man siegreich auf eine bestrafte Frau zurück. Fest steht und treu die Wacht. . . .

Wie Wahlen gemacht werden. Mit einer alten Wahlgeschichte aus dem Wahlkreise des Rektors Altona v. d. t. hatte sich die erste Strafkammer des Landgerichts I zu beschäftigen. Als im August 1880 in dem Wahlkreise Friedberg-Krnswalde die Stichwahl zwischen Herrn v. Jordanbeck und dem Kammerherrn v. Brandt stattfand, tauchte in dem Oerchen Klein-Belitz das Gerüde auf, daß es bei der dortigen Wahl nicht mit rechten Dingen zugegangen sein könne. Man staunte nämlich darüber, daß 20 Stimmen für Herrn v. Brandt und nur 17 für Herrn v. Jordanbeck gezählt worden waren, während eine weit größere Zahl von Wählern erklärte, für von Jordanbeck gestimmt zu haben. Man behauptete weiter, daß zeitweise im Wahllokale nur der Wahlleiter, Gemeindevorsteher Falkenburg, anwesend gewesen sei, während die übrigen Weisiger in einem Nebenzimmer zu Mittag gegessen hätten, und man wollte schließlich auch einen brandigen Geruch, wie von verbranntem Papier, im Wahllokale wahrgenommen haben. Auf Grund dieser Thatsachen erfolgte damals gegen den Gemeindevorsteher Falkenburg eine Denunziation wegen Wahlfälschung, welche aber weitere Folgen nicht nach sich zog. Diese Vorgänge wurden in einem Artikel des „Berl. Tagbl.“ geschildert, und das energische Auftreten der Weisiger Wähler wurde anderen Wählern zur Nachachtung empfohlen, da nur auf diese Weise den sich souverän dünkenden Vorstehern kleiner ländlicher Gemeinden das Handwerk gelegt werden könne“. Auf Grund dieses Artikels hatte der Gemeindevorsteher Falkenburg den Strafantrag gegen den Redakteur Harich gestellt, die Verhandlung der Sache mußte aber wiederholt vertagt werden, weil die Zeugen zumeist dem Schifferstande angehören und ihren Aufenthaltsort fortgesetzt wechseln. R. A. M. o. s. e. behauptete die Wahrheit der behaupteten Thatsachen und stützte sich auf eine vorliegende schriftliche Erklärung von 25 Wählern, welche sämmtlich versicherten, ihre Stimme für v. Jordanbeck abgegeben zu haben. Er behauptete auch, daß dem Gemeindevorsteher eine eigenmächtige Korrektur des Wahlergebnisses zuzutragen sei, da derselbe trotz seiner Eigenschaft als Wahlkommissar die ihm durch den Gendarmen vom Landrath zugestellten Wahlzettel für Herrn v. Brandt vertrieben habe. Der Gemeindevorsteher Falkenburg und seine damaligen Weisiger erklärten das ganze Gerüde für unwahr, vermochten die Differenz in der Zahl der vorhandenen und der angefaßten von den Wählern Jordanbeck's abgegebenen Stimmen nicht aufzuklären. Herr Falkenburg meinte, es seien mehrere Personen im Dorfe, die nicht lesen und schreiben können und vielleicht den von ihren Frauen ihnen zugedruckten Wahlzettel abgegeben hätten, ohne zu wissen, was daraus folgt. — Der Staatsanwalt hielt eine Beleidigung für vorliegend und beantragte 800 M. Geldbuße, Rechtsanwalt Mofse dagegen die Freisprechung event. Erweiterung der Beweisaufnahme. — Der Gerichtshof hielt nur eine Ordnungswidrigkeit infolge für erwiesen, als das Wahllokale wider die Vorschrift vorübergehend ohne Aufsicht gelassen worden war. Den Schlußsatz des Artikels hielt der Gerichtshof für beleidigend, den Fall aber für sehr milde liegend und verurtheilte deshalb den Angeklagten zu 100 M. Geldbuße.

Wegen Uebertretung des elterlichen Zuchtigungsrecht war eine Beamtenfrau Hermann seiner Zeit vom Schöffengericht zu einer Woche Gefängnis verurtheilt worden. Anfänglich war auch der Ehemann unter Anklage gestellt worden. Er war beschuldigt worden, seine Tochter Martha, welche in der Person der Angeklagten eine Stiefmutter erhalten hatte, brutal mißhandelt zu haben. Das Mädchen hatte von dem Vater eines Tages lächerliche Diebe mit einem Korb voll bekommen, weil sie, nachdem sie vorher schon verschiedne dumme Streiche gemacht, wahrheitswidrig in der Schule behauptet hatte, daß sie täglich ohne Kasse und Frühstück in die Schule geschickt werde. Das Mädchen war nach dieser Scene von Hause fortgelassen, wurde dann aufgegriffen und da sie behauptete, daß sie namentlich von ihrer Stiefmutter unmenschlich geprügelt werde, so wurde ihr ein Vormund und Pfleger bestellt. Derselbe ließ durch einen Sanitätsrath starke Striemen am Körper des Kindes feststellen und stellte sodann den Strafantrag gegen das Hermann'sche Ehepaar. Der Ehemann bestritt keineswegs, das Kind sehr energisch gezüchtigt zu haben, behauptete aber, daß diese Strafe sehr wohl am Platze gewesen sei und daß seine Frau die Stief-tochter niemals über Gebühr geschlagen habe. Der Vormund nahm darauf den Strafantrag gegen den Ehemann zurück und der Gerichtshof verurtheilte nur die Ehefrau zu 1 Woche Gefängnis, weil eine Freundin der verstorbenen ersten Frau des Angeklagten versichert, daß das Kind wiederholt über Mißhandlungen seitens der Stiefmutter geklagt habe. In der Berufungsinstanz, in welcher der betreffende Schul-Belehrer dem Kinde kein sonderlich günstiges Zeugnis ausstellte, beantragte Rechtsanwalt Platow die Einstellung des Verfahrens, da in einer einheitlichen Angelegenheit die Zurücknahme des Strafantrages gegen den einen Angeklagten auch für den anderen gelte. Event. hielt der Verteidiger die Freisprechung der Angeklagten für geboten, für welche in erster Instanz selbst der Staatsanwalt eingetreten war, die aber in zweiter Instanz der Staatsanwalt lebhaft belämpfte. Der Gerichtshof erkannte auf Einstellung des Verfahrens und legte die Kosten desselben dem Antragsteller auf.

Wie Schiedungen gemacht werden. Einen Beitrag zu dem unerforschlichen Thema: „Wie in Berlin Häuser gebaut werden“ lieferte eine Verurteilung, welche vor dem hiesigen Schöffengericht gegen den Maurerpolster Albert Penning verhandelt wurde. Der Vater des Angeklagten hatte schon früher einmal, obgleich er völlig mittellos war, mit Hilfe eines Geldmannes Namens Stern ein Grundstück erworben und auf demselben ein Haus gebaut, welches natürlich zum Schaden der Bauhandwerker bald verbrachte. Nun folgte der gleichfalls mittellose Sohn dem Beispiele seines Vaters; auch ihm verlor die der Gelomann Stern ohne jede Anzahlung eine Baustelle für 88 000 Mark, durch Eintragung der gesammten Summe als Restkaufgeld blieb aber Herr Stern der eigentliche Besitzer des Grundstücks. Derselbe hatte sich verpflichtet, Baugelder in 14 Raten à 4000 M. zu zahlen und Penning baute frisch drauf los. Nachdem Herr Stern acht Raten bezahlt hatte, schien er zu weiteren Zahlungen keine Lust zu haben und der Angeklagte sah sich nach anderen Geldquellen um. Ein Herr Höbne ließ sich dazu bewegen, als Geldgeber einzutreten, nachdem er sich die Baugelder, die Stern zahlen sollte, hatte bezahlen lassen. Er ging auch persönlich zu Stern hin, um sich über die Verpflichtung desselben zur weiteren Zahlung von Geldern zu vergewissern. Aus den unbestimmten Äußerungen desselben glaubte Höbne entnehmen zu können, daß Stern thatsächlich noch Verpflichtungen gegen den Angeklagten habe und so zahlte er denn nach und nach 8400 M., um dann auf wiederholte Anfragen bei Stern zu erfahren, daß letzterer keinen Pfennig mehr zu zahlen verpflichtet sei. Das Ende vom Liede war das gewöhn-

